

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Fernsprecher Nr. 926.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 2.00, monatlich 70 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Beilage oder deren Raum 20 Pfg., für Veramlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 224.

Wittwoch, den 26. September 1906.

13. Jahrg.

Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Mannheim, den 23. September 1906.

Der hier heute Sonnabend abend beginnende Parteitag gab dem Aussehen der ganzen Stadt Mannheim ein charakteristisches Gepräge. Schon in den frühen Abendstunden wallten ungeheure Menschenmassen nach dem städtischen Glanzpunkt „Rosenpark“, in dessen Nebelkammeraal die Gedächtnisfeier stattfand. Der ungeheure Saal, der ca. 7000 Personen faßt, war schon lange vor 7 Uhr, der festgelegten Eröffnungshunde, dicht gefüllt. Der vordere Teil des Parkettes war für die Delegierten und die sehr zahlreiche erlöblichen Vertreter der Presse reserviert, in den Seitengängen aber und auf den hinteren Gallerien drängten sich die Genossen und Genossinnen Kopf an Kopf in zahlloser Reihe. Der Saal war reich geschmückt und mit solchem Schmuck waren die Redaktionsbühne und die Geländer der Straße dekoriert. Oben auf dem Emporium stand die Statue der Freiheit, göttin. Vor ihr hatten auf der Straße etwa 500 Säuger, die Mitglieder der vereinigten Mannheimer Arbeitervereine, Platz genommen. Der Parteitag in diesem Saal als sonst besucht. 367 Delegierte waren schon vor drei Tagen angekommen, die Zahl dürfte 400 erreichen. Nicht nur die Reichs- und Reichstagsdelegation ist stark vertreten, auch das Ausland ist diesmal stärker als sonst vertreten. Neben fast mehr Frauen anwesend schon wegen der eben vorausgesetzten Frauenkonferenz. Aus ausländischen Delegierten sind gekommen: Viktor Doubov als Vertreter der sozialdemokratischen Föderation, Fel. v. Vertizans, Frau Kellig, Frau Wobant als Vertreter der holländischen Frauenclubs, Dr. Meink als Vertreter der belgischen jungen Garde. Außerdem sind noch erschienen Marx, der Sekretär der belgischen Arbeiter-Partei, Guzman, der Sekretär des internationalen Bureau in Brüssel, Fischer, als Vertreter des „People“, Wattkios als Vertreter der Lütticher sozialdemokratischen Organisation, Bar als Vertreter der Central sozialistischen Partei, und Wegmann als Vertreter der belgischen sozialistischen Parlamentsfraktion. Österreich hat entsandt die Genossen Huber und Schäfer für die österreichische Gesamtpartei, Neume für die tschechische Sozialdemokraten und Adelheid Bopp für die österreichischen Frauen. Die schwedische Sozialdemokratie vertritt Söderberg-Stockholm. Der Parteivorstand ist vollständig erschienen, auch die Fraktion ist stark vertreten. Rosa Luxemburg ist gleichfalls anwesend und wird herzlich begrüßt und begrüßlich. Als Bebel und Singer den Saal betreten, empfängt sie stürmischer Jubel. Eingeleitet wurde die Gedächtnisfeier durch den Gesang des Liedes: „Deutsches Volk und deutsche Freiheit“, das Robert Seidel-Bühler für den Parteitag gedichtet, Wendelin Weipert komponiert hatte. Der Vortrag des Liedes durch die mehr denn 500 Säuger der vereinigten Mannheimer Arbeitervereine unter der Leitung des Komponisten selbst fand stürmischen Beifall. Tages wieder mußte sich der Dirigent, dem Genosse Dr. Franz Mannheim einen prächtigen Vorberzhang überreichte, vor dem jubelnden Publikum vortragen.

Als sich endlich der Beifall gelegt hatte, ergiff Reichs- tags- Abgeordneter Dreese das Wort, um die erschienenen Genossen willkommen zu heißen und der Freude der Mannheimer Parteigenossen darüber Ausdruck zu geben, daß jetzt auch Mannheim die Ehre habe, das deutsche Arbeiterparlament zu beherbergen. Er behauptete, daß nicht die Parteitagverhandlungen hier in dem wunderbaren Museum abgehalten werden könnten. (Stürmischer Beifall) Mannheim sei zwar kein parteiistischer Ort und Markstein der Parteigeschichte würde man hier vergeblich suchen. Aber auch in der letzten Reihe im Kampfe um Freiheit und Volksrechte habe Mannheim nie gefehlt. Mannheim, in dem Friedrich Schillers revolutionäres Drama „Die Räuber“ zuerst über die weltbedeutenden Breiter gingen, Mannheim, dessen Kirchhof die Gebeine des Studenten Saats birgt, der den Jarenbildungskocher mordete, Mannheim, dessen Kirchhof auch die Toten von 1848 birgt, die der damalige Kommandant, der Prinz von Preußen, standrechtlich erschießen ließ. (Stürmischer Beifall) Als Parteivorstand siehe Mannheim im Geruch des Revisionismus. Man müßte ja überall die Arbeiter unter den Bedingungen weiter kämpfen, unter denen sie groß geworden sind, aber, wenn es gälte, die letzten Ziele zu erstreben, werde die Partei nicht vergebens an das Ehrgefühl der Mannheimer appellieren. (Stürmischer Beifall) Wir durchleben eine politische bewegte Zeit. In Ausland kämpft das Proletariat seit 1 1/2 Jahren unerschütterlich unter den ungeheuersten Opfern und wir vertrauen sehr darauf, daß es sich zur Freiheit durchkämpfen wird. In Österreich wird das Volk schon in der nächsten Zeit einen gewaltigen Schritt vorwärts tun. In Frankreich hat sich die Bourgeoisrepublik von der unwürdigen Anstaltschaft der Pfaffen befreit. Nur

in Deutschland verpöf. man die Schulen und laßt unaufrichtig das seit 36 Jahren bestehende Wahlrecht an. (Stürmischer Beifall) Wenn hier das deutsche Proletariat zu seiner Vertretung zusammentritt — nicht nur des Reiches, nicht nur des Landes und unpersonales — so ist es entschlossen, sein Evangelium der Menschlichkeit der Menschenschöpfung auch in die entferntesten Dörfer zu tragen. In diesem Sinne helfe ich den Parteitag in Mannheim willkommen. (Stürmischer Beifall)

Hierauf ergiff Bebel, von immer neuen Beifallstößen begrüßt, das Wort. Er dankt den Mannheimer Genossen für den klangvollen Empfang. Er erinnert an Babes Vorgeschichte als „liberale Arbeiterführer“. Der Liberalismus habe auch hier versagt. Gerade ein Mannheimer Nationalliberaler, der Abg. Baffermann, habe vor wenigen Jahren gesagt, Deutschland hungere nach Liberalismus und deshalb „Liberal“ habe sich an die Spitze der Sozialisten gestellt und trage die Verantwortung dafür, daß die Arbeiterklasse immer trauer und trauer müde und die große Mehrheit des deutschen Volkes schon jetzt an einer verberberischen Untereinanderung leide. (Stürmischer Beifall) Die Arbeiterklasse aber auch heute, daß sich jetzt in Brauns Schule das Pfaffenamt in Trumpf sei. (Stürmischer Beifall) So haben wir keinen Grund freudig in die Zukunft zu sehen. Aber Schwarz hat sich mit hoch herein. (Stürmischer Beifall) Wie haben wir können und was das deutsche Volk, was es früher über sich mit diesen schwarzen Büscheln aufgedrückt worden. (Stürmischer Beifall) Bebel erinnert an alle die charakteristischen Vorgänge der preussisch-deutschen Politik, Ständesystem, Verbot an einen sozialdemokratischen Lehrer, wegen ständischer Mißachtung die Unterrichts zu erteilen, und schließlich eine Verlesung mit dem schwarzen Ansehen, die Wahlschicksalschick des Zentrumspresen Straßwitz die „Karlshagen“ Politik gegen die Polen, die Streikverbot, usw. Die Kolonialkandidaten hätten Deutschland „führen“ Politik h. Mos kompromittiert. Wenn noch ein Boddieck im Anse bliebe, der Partei könne es nur recht sein, wenn die regierenden Kreise sich von ihm und auf kompromittierten. Nur solle man sich nicht über die Korruption aufregen. Von der Korruption lebt der größte Teil der bürgerlichen Gesellschaft und Boddieck hat nichts schlimmeres getan, als der große Reichsherrero Bischoff auch. In der andrigen Politik hat die Arbeiterklasse in den letzten Jahren angestrebt, daß Deutschland trotz all der Reden und all der Reden sich nicht holt zu der Welt daß man. Ein solches deutsches, französisches Reich ist der deutschen Politik. (Stürmischer Beifall) Beim Schluß wird Bebel der heroischen Kämpfe in Ausland, die auch für die deutsche Partei der schärfste Sporn sein müßten, mit tieferem Entzücken gegen die jetzigen unwürdigen politischen Zustände Deutschlands anzukämpfen. (Stürmischer Beifall) Der Parteitag ist damit eröffnet. Zu Vorkommenden werden Singer und Dreese

Abg. Singer (mit großem Beifall empfangen) spricht seine ansehnlichen Würdigung für einen ersten würdigen Verlauf der Verhandlungen aus und schließt mit der Hoffnung, daß auch dieser Parteitag zum Heil und Frommen der deutschen Sozialdemokratie gereichen werde. (Stürmischer Beifall)

Zu Schriftführern werden auf Vorschlag von Gewehr, Oberfeld gewählt: Genossin Baader, Berlin, Bartels, Altona, Schütz, Breslau, Schmitt, München, Brandes, Magdeburg, Dörcke, Hannover, Ulrich, Offenbach, Fischer, Dresden und Woltermann, Berlin-Schöneberg gewählt. Auch die Kandidatprüfungscommission wird, wie gewöhnlich, aus neun Genossen gebildet. Als Tagungszeit wird nach dem mit dem „Apollotheater“ abgeschlossenen Vertrage die Zeit von 8 1/2 - 9 1/2 und von 2 - 6 Uhr festgesetzt. Die Tagesordnung des Parteitages wird auf Antrag des Parteivorstandes dahin abgeändert, daß Punkt 4 „Kaiserei“ an die 6. Stelle zurücktritt wird, jedoch noch als Punkt 4 „Der politische Massenstreik“, 5 „Der internationale Kongress“, 6 „Die Massenfeier“ steht. Die übrigen Punkte zur Tagesordnung werden abgelehnt. Zu dem Antrage des 3. sächsischen Wahlkreises: auf die Tagesordnung „Die russische Revolution und die deutsche Arbeiterklasse“ zu setzen, bemerkt der Vorsitzende Singer im Namen des Parteivorstandes, der Parteitag werde es sich sowieso nicht nehmen lassen, in geeigneter Form der russischen Revolution seine bewundernde Sympathie und denen, die sich ihr widmen, seinen Dank auszudrücken. (Stürmischer Beifall) Der Antrag wird darauf zurückgezogen. Zu Punkt 4: „Politischer Massenstreik“ wird nahezu einstimmig Legien als zweiter Referent bestimmt; hingegen wird der Antrag, zum Punkte: „Kaiserei“ B. Meiburg zum Korreferenten zu ernennen, mit Mehrheit abgelehnt.

Nachdem dann noch die übliche Geschäftsordnung genehmigt ist, schließt Singer mit der Mitteilung eines Telegramms, daß bei den elfsässischen Bezirkswahlen der Parteikandidat mit 500 Stimmen Mehrheit Schlumberger gewählt hat, die Versammlung. Nach einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie beginnt das Fest, das den Rest des Abends ausfüllt.

Über die Montagfeier liegt der folgende kurze telegraphische Bericht des „Hamb. Echo“ vor:

Mannheim, 24 September.
Vor Eintritt in die Tagesordnung erfolgen noch einige Anreden. Singer begrüßt Rosa Luxemburg und dankt ihr für die Opfer, die sie persönlich Aufopferung gebracht habe. (Beifall) Er teilt ferner in ihrem Namen mit, daß die deutsche sozialdemokratische Partei den Parteitag herzlich begrüße. (Stürmischer Beifall) Frau Balabanoff spricht für die russische Sozialdemokratie. Die russische Revolution verdanke dem deutschen Genossen unendlich viel. Die Parteitagverhandlungen würden von Hunderttausenden Russen täglich verfolgt. Wüßten sie doch, daß hier Waffen geschmiedet werden auch für die russische Revolution. (Stürmischer Beifall) Frau Wobant spricht für die holländische Partei und zuletzt Wagner, Mannheim für die „junge Garde“. Dann verliest Singer zahlreich Begrüßungstelegramme. Der Parteitag tritt in die Tagesordnung ein.

Brauns führt den Geschäftsbericht. Er bespricht den Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaften. Die Parteileitung habe stets die Gewerkschaften gefördert und auch stets die Zentralisation als die einzig richtige Form der Organisation anerkannt. Die Veröffentlichung des bekannten Protokolls habe der Vorstand keineswegs leichtfertigerweise vorgenommen. Formell sei ja die Generalkommission berechtigt gewesen, die Veröffentlichung des Protokolls zu verweigern, aber die Situation erforderte für die Partei gebührend die Veröffentlichung um den Gegnern die Anpreisung aus der Hand zu schlagen. Der Streit sei würdig und sachlich geführt worden und der Offizier sei schließlich ein guter gewesen. Fortgesetzt begrüßt Brauns die erfolgreiche Einigung der Partei mit der polnischen sozialistischen Partei bezeugt die Tätigkeit der Parteileitung in bezug auf die häufige Bagitation und erörtert die geplanten Lehrkurse. Er verwahrt den Parteivorstand gegen den Vorwurf, daß er bei den Wahlkämpfen gebremst habe. Die Situation sei für die Anwendung starker Mittel absolut ungerne gewesen. Der Vorstand mache den Vorschlag, die Parteileitung durch einen neuen Sekretär zu verstärken und zur Erlangung der rein menschlichen Arbeiter-Hilfskräfte einzustellen. Brauns bekämpft schließlich hier und da zu Tage tretende Auffassung, als sei die Partei bedeutungslos. Die Partei sei stark und kampfbereit. (Beifall)

Nach der Mittagspause gibt Gerisch den Massenbericht. Er bezeichnet die Klassenverhältnisse im ganzen als erfreulich, verweist aber darauf, daß die Gewerkschaften bei weitem mehr aufbringen und die Partei hierin nachkommen müsse. Warum verleihe Partei, weil es das Organisationsstatut umgangen habe, indem die Parteibeiträge herabgesetzt, die Lokalzuschläge aber erhöht wurden. Unsere Politik muß sein: In neuen Jahr eine Million Abonnenten und eine Million organisierter Kämpfer, dann werde die Partei das Wahljahr 1908 gut überleben. (Beifall)

Raben berichtet über Beschwerden, die bei der Kontrollkommission anhängig gemacht wurden, und weist dann dem verporteten Vorsitzenden der Kontrollkommission, Meißner, einen warmen, herzlichen Nachruf. Sächliche Delegierten und Gäste hören den Nachruf stehend an.

In der Diskussion werden zunächst die Anträge auf Vermehrung der Parteivorstandskomitee begründet, dann sprechen mehrere Redner für verschiedene Auswendungen zur Agitation in rückständigen Bezirken.

Ehrhardt, Ludwigshafen greift den Finanzminister Gerisch (Hörsfeld) an, der die Bayern ungerne angereiften habe. Die Provinz könne nicht mit gleichem Maße wie Berlin dem Staat dienen; im inneren Parteiwesen dürfe kein starkes Kapitalismus gebildet werden. (Hörsfeld)

Gewehr-Eberfeld tritt für Reorganisation der Parteileitung ein.

Eitel-E. Halle greift den „Borkwärts“ wegen des Tons in seiner Polemik gegen Stämpfer an. Der Parteivorstand hätte den Artikel nicht billigen sollen.

Da die Räume im „Apollotheater“ sich als völlig unzulänglich erweisen, finden die morgigen Verhandlungen nun doch im Nebelkammeraal des „Rosenparkens“ statt.

Politische Nachrichten

Mannheim

Die Politik der Adeliche gegen die Sozialdemokratie wird nunmehr einmal zur Veränderung von der Postverwaltung eingeschlagen. So schreibt die Mannheimer „Volksstimme“ unter dem Datum von Sonnabend: Nachdem das kaiserliche Postamt in Mannheim, sowie die Oberpostdirektion in Karlsruhe sich bereit erklärt hatten, im Apollo-Theater, dem Tagungshotel der sozialdemokratischen Parteitages, während dessen Dauer eine besondere Posttelegraphen- und Telefonstelle zu errichten, ist dem Mannheimer Parteitagskomitee gestern durch das Postamt eröffnet worden, daß diese Einrichtung auf Befehl aus Berlin wieder rückgängig gemacht werden müsse. — Wenn man glaubt, durch solche Kleinlichen Maßnahmen die Sozialdemokratie zu treffen, so irrt man sich sehr. Die Vorkommnisse über die Verhandlungen des Parteitages wird deshalb ebenso schnell und umfangreich erfolgen, wie bisher.

Bei der Landtagswahl für Minden 1 (Minden 1) wurden von den 472 abgegebenen Stimmen für den Kandidaten der deutschkonfessionellen Partei, Verwaltungsdirektor der königlichen Museen, Geheimrat D o s s e Berlin 318 für den Kandidaten des Bundes der Landwirte, Landwirt S u l t e r v. G a h l e n 115, für den wilhelmschulischen Kandidaten Landwirt R e h l i n g - P e t e r s h a g e n 25, und für den sozialdemokratischen Kandidaten, Maurermeister P f i n g e r. Minden 14 Stimmen abgegeben. Geiser ist somit gewählt.

Das Ergebnis der neuen Steuern beschränkt vorläufig die Erwartungen ihrer Erfinder. Die Zigarettensteuer lieferte im Monat August eine Reineinnahme von 699 830 M., die Brausteuer nebst der Uebergangsabgabe von Bier ergab gegen den gleichen Monat des Vorjahres nur einen Reinerüberschuss von 1 547 082 M., bleibt aber für den Zeitraum vom 1. Januar bis Ende August hinter dem Ertragnis des gleichen Zeitraums im Vorjahre noch um 55 779 M. zurück. Die Reineinnahme aus den neuen Steuern ergab bis Ende August insgesamt: aus der Zigarettensteuer 1 887 459 M., aus der Fracht- und Transportsteuer 3 126 869 M., aus der Fahrkartensteuer 91 215 M., jedoch ist in dieser Summe die Steuererinnahme von den Staatsbahnen noch nicht enthalten, aus den Steuerarten für Kraftfahrzeuge 802 795 M., aus den Vergütungen an Aufsichtsratsmitglieder 8864 M., und aus der Erbschaftsteuer 10 207 M., auf den sächsischen Staatsbahnen ergab die Fahrkartensteuer im August 144 400 M., Einnahmen, erheblich weniger, als veranschlagt worden war.

Kultusminister und Lehrerschaft. In dem auf seine „patriotische“ Gesinnung sehr hohen Blatte „Der Lärmer“ lesen wir: Sie alle, die 80 000 preussischen Lehrer, ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit, sind in der Ueberzeugung einig, daß es noch keinen preussischen Kultusminister gegeben hat, der den Fäulnisstoff der Unzufriedenheit in solchem Maße anhäufte, wie Herr v. Stubi. Man gehe nur in die freien Konferenzen, auf die Schulhöfe oder überhaupt dorthin, wo zwei oder drei Lehrer zusammen sind! Immer das Gespräch auf den derzeitigen Unterrichtsminister, dann schüttelt alles den Kopf, und es ist gut, daß der Minister die Urteile nicht hört, die auch konservativ gefasste Lehrer über ihn fällen. Wir möchten diesen Umstand scharf hervorheben, denn es gibt Leute, die den Minister und seine Räte glauben machen, es sei nur der freisinnige Teil der Lehrerschaft, der dem jetzigen Ministerium die wohlverdiente Ruhe gönne. Es hat die ganze Lehrerschaft in die Opposition hineingetrieben, die pädagogischen Leiter des „Reichsboten“ nicht weniger als die sogenannten „Freunde der Gleichstellung“. Ein Rästel war schon die Berufung v. Stubis ins Kultusministerium. In Westfalen weiß heute noch niemand, weshalb eigentlich gerade der Oberpräsident dieser Provinz der Chef im Ministerium des Geistes wurde. Ein Parlamentarier war Herr v. Stubi ganz und gar nicht, auch kein Redner, ferner auch kein Mann, der irgend welche besorgniserregende Ideen in sein Ressort mitbrachte oder einen weiten Blick offenbarte. Nicht von alledem! Aber eins war ausschlaggebend: v. Stubi war „Reichsbote“ fromm, oder wie er selbst bekennet, „ein positiver Christ“, so positiv, daß ihm die geistliche Schulaufsicht unentbehrlich ist. Solche, die es wissen können, halten an der Ueberzeugung fest, die Berufung von Stubi ist die Erfüllung eines Wunsches der Kaiserin und eines Synpredigers gewesen. Man betrachtete ihn in diesen Kreisen als eine Säule der Religion. Von dieser Ansicht ist man auch heute noch nicht zurückgekommen. Die neueste Leistung des Ministeriums Stubi ist der bekannte Bremserlaß an die Bezirksregierungen. Er ist eine alles Maß überschreitende Bevormundung der Städte und ein Schlag ins Gesicht der zum Teil darbenenden Lehrer. Nach oben hin will Herr von Stubi keine Gleichstellung; so wählt er eine solche nach unten. Wir wollen nicht schildern, wie heftige Empörung die gesamte Lehrerschaft ergriff, als sie diesen Erlaß zu Gesicht bekam. Ein Heer verbitterter Exzepte sucht in der Schule seiner schweren Aufgabe gerecht zu werden. Wenn Herr v. Stubi es geradezu darauf abgesehen hätte, ein verbittertes Lehrerverproletariat zu schaffen, so könnte er das nicht geschickter anfangen, als nach seiner selbsterhaltenen Praxis. Dieser „positive Christ“ wird die Konsequenzen einer monströsen Schulkonfessionspolitik schon noch sattfam zu lösen bekommen.

Dernburg und der neue Kolonialkurs. Herr Dernburg war ein Döner auf dem Gebiete des Bankwesens, politisch ist er ein unbeschriebenes Blatt. Weil er es verstanden hat, in verschiedenen faulen Bankinstituten durch rücksichtslose Energie Ordnung zu schaffen, hat man an gewissen Stellen geglaubt, daß Herr Dernburg auch der geeignete Mann sein müsse, in unserem Kolonialwesen, in dem es an allen Ecken und Enden stinkt, Wandel zu schaffen. In der Presse aber werden an Dernburgs Ernennung zum „stellvertretenden“ Kolonialdirektor, je nach der Stellung der Blätter zu dem Kolonialwesen, mehr oder weniger große Hoffnungen oder auch Beschränkungen an die Tätigkeit des neuen Mannes geknüpft. Charakteristisch ist jedoch, daß gerade diejenigen Blätter, die am kolonialwütigsten sind, sich am allerwenigsten Hoffnungen machen, daß Herr Dernburg der geeignete Mann sein könnte, ihre hochtrabenden Pläne zu realisieren und aus dem deutschen Kolonialhumpen ein deutsches Kolonialparadies zu machen. So sehen die Alldeutschen Blätter in der Ernennung Dernburgs nur „eine öffentliche Beschränkung der völligen Hilflosigkeit und Verzweiflung in der Leitung unserer Kolonialpolitik. Es ging eben nicht mehr B., also feuert man einfach B.“ Es sei nun fraglich, so fahren die genannten Blätter fort, ob die Wallin und Dernburg sich gerade als Handelsminister und Kolonialdirektoren eignen. Evident Dernburg könne vielleicht Ordnung in den Rechnungen und Finanzen unserer Schutzgebiete schaffen, aber eine Umwandlung in der Kolonialpolitik könne erst erwartet werden, wenn der Reichsfinanzminister selbst wisse, was er in den Kolonien wolle und seine Forderungen persönlich und rücksichtslos im Reichstage vertrete und es auf eine Kraftprobe gegen das Zentrum ankommen lasse. Wenn das nicht der Fall sei, werde sich Herr Dernburg sehr bald an dem Widerstande seiner Geheimräte die Zähne stumpf beißen und so werde sehr bald der Balkan mit dem Schwarzen Adler und einem Adels-

diplom auf der Bildfläche erscheinen, um der Kolonialherlichkeit „des Herrn v. Dernburg“ ein Ende zu machen, weshalb man sich über Dernburgs Ernennung nicht aufzuregen braucht. Die Alldeutschen begnügen sich also nicht damit, „Ordnung“, woran gar nicht zu denken ist, in unsere Kolonialverwaltung gebracht und die Kolonien selbst gmundelnder Gestalt werden. Es muß noch viel mehr Geld in den Kolonien verpulvert werden. Die „Koloniale Volkzeitung“, die den Kolonialenthusiasten als das hauptsächlichste Hindernis für eine Entwicklung unserer Koloniallands ins Ungemessene erachtet, glaubt auch nicht, daß der neue Kolonialdirektor eine wesentliche Veränderung in der Kolonialverwaltung durchzuführen imstande sein werde. Im Gegensatz zu den alldeutschen Kolonialenthusiasten hält sie aber einen Erfolg nur dann für möglich, wenn Herr Dernburg es verstehe, die Aufwendungen in ein richtiges Verhältnis zu dem Ertrag zu bringen. Sollte er aber den Ehrgeiz haben, aus Südafrika ein Paradies zu machen, so sei zu fürchten, daß man aus dem Munde des Herrn Dernburg noch einmal die melancholische Frage hören werde: Wächst mir ein Kornfeld in der flachen Hand? Vermehrte Kolonialbewilligungen aber würden nicht mehr Segen bringen, als die 500 Millionen, die für die Polenpolitik verplempert worden seien. „Ja, hätten wir für diese kolossalen Summen wenigstens noch Kall und Zinn geschlachtet, wir hätten die ganze Ostmark damit fruchtbar machen können; aber jetzt ist der Kammon zum Tausel und wir haben nur den Mißerfolg.“ Wichtig! In den Kolonien haben wir jedoch bisher noch viel mehr Geld im Sande verpudelt, obgleich vorauszu sehen war, daß nichts als Mißerfolge folgen würden. Das Zentrum aber hat immer trotz aller Opposition alle Millionen für die afrikanischen Sandwüsten bewilligt und wird auch ferner neue Summen bewilligen. Doch darauf kommt es hier nicht an. Für uns gilt es nur zu zeigen, daß auch in bürgerlichen Kreisen kein Mensch daran glaubt, daß Herr Dernburg eine Wünschelrute besitze, mit der er unsere Kolonien zu etwas anderem als gewöhnlichen Selbstvertrübungsunternehmungen machen könnte. Der neue Kurs im Kolonialwesen wird also, wie wir es immer gesagt haben, der alte bleiben, nur wird es der alte Kurs auf höherer Stufenleiter, d. h. er wird viel kostspieliger sein. Anders kann es nur werden, wenn wir unsre Kolonien, die uns nichts nutzen, aufgeben. Deshalb weg damit!

Koloniale Armenversorgung. Wie bekannt, hat die Reichsregierung vom Reichstag wiederholt Entschuldigungen für die Personen gefordert, die durch die kolonialen Wirren von Südwestafrika zu Schaden gekommen sind oder doch gekommen sein sollen. Der Reichstag lehnte es ab, einen Entschuldigungsvertrag über die afrikanischen „Farmer“ — von diesen war nämlich immer die Rede — anzuerkennen, bewilligte jedoch schon vor 2 Jahren 5 Millionen Mark zur Hilfsleistung an deutsche Farmer und Handwerker. Eine Nachtragserforderung der Regierung von 10 1/2 Millionen Mark zu gleichen Worten wurde im Sommer dieses Jahres vom Reichstag abgelehnt. Die „Germania“ gibt jetzt einige nähere Andeutungen über die Gründe jener Ablehnung, über die ja schon früher manches verlautete. Nach ihrer Angabe war der in Südwestafrika entstandene Schaden durch die ersten 5 Millionen zu 40 Prozent gedeckt, auf jeden der Betroffenen kamen durchschnittlich 10 000 M. Unterstützung. Die Summe von 10 1/2 Millionen, die nachträglich noch gefordert wird, würde also die Höhe der ungedeckten Verluste um ein Bedeutendes übersteigen. Das kommt daher, daß sich höchst merkwürdige „Entschuldigungsberechtigten“ mit ganz merkwürdigen Ansprüchen eingestellt hatten. Unter ihnen befanden sich nach der „Germania“ u. a. der Sohn eines vierziffigen Millionärs in Mannheim, ein bekannter Großreeber in Hamburg, ein Rechtsanwalt in Hamburg, der ebenfalls mehrfacher Millionär sein soll, ferner schwerkriegende Leute aus Berlin, schließlich auch Fürsten und andere Hochadelige, die nie den afrikanischen Boden betreten hatten. Mit dem geflüchten Strohhaas der afrikanischen Farmer verhält es sich also ganz ebenso wie mit dem deutschen Bauern. Unter dem Vorwand, dieses flitzen zu wollen, vergoldet man alte Fürstenwappen und stopft den Millionären Rissen und Pässen voll. Welcher Extraktionskurve erhebt sich doch in der kolonialen Korruptionspraxis gegen den pflichtvergessenen Reichstag, der die armen Farmer in Südwestafrika darben ließ! Der Staatsanwalt könnte drei Viertel der „patriotischen“ Presse vor die Schranken fordern, wenn er sich der Ehre des deutschen Reichstages ebenso eifrig annehmen wollte, wie jener des preussischen Abgeordnetenhauses. Und dieser patriotische Extraktionslärme, der es selbst nicht verschämte, sentimental zu werden, um auf die dicken Tränensüße des deutschen Gemüts einzuwirken, erklärt sich jetzt aus dem nicht zu stillenden Geldbedürfnis einiger Fürsten und Millionäre!

Gegen den Religionszwang. Die Mitglieder der Liberalen und sozialistischen Fraktion des Straßburger Gemeinderates stellen den Antrag, der Gemeinderat wolle beim Bezirkspräsidenten beantragen, daß den Lehrern und Lehrern der Volksschule untersagt werde, künstlich Schulkindern geschlossen in den Gottesdienst außerhalb der Schulstunden zu führen oder irgendwelchen Zwang auf die Kinder zum Besuch des Gottesdienstes auszuüben. Der Gemeinderat nahm den Antrag an.

Kapitalistische „Entbehrungslöhne“. Zu welcher wahrhaftig hohen Kapitalgewinnen die Auslieferung der Erbsätze an die privatkapitalistische Ausbeutung führt, zeigt der jetzt vorliegende Abschluß der internationalen Bohrgesellschaft in Erkelenz über das Geschäftsjahr 1905/1906. Nach einem Telegramm aus Köln weist er ein schließlich des Vortrages einen Rohgewinn von 1 833 811,15 M. auf. Der sich nach den Abschreibungen in Höhe von 3 834 850,69 M. ergebende Reingewinn von 1 450 326,34 M. soll wie folgt verhandelt werden: 5 000 000 auf 500 Prozent Dividende, 1 083 402,30 M. auf den vertragsmäßigen Gewinanteil des Vorstandes, 120 000 M. Entschädigung für den Aufsichtsrat, 700 000 M. Zuweisung zu dem Vorstandsconto, 250 000 M. Zuweisung zum Erneuerungsconto, 1 000 000 M. zur Bildung eines Fonds, dessen Erträge im Interesse der Beamten und Arbeiter Verwendung zu finden haben und 200 000 M. zu Gratifikationen. Der verbleibende Rest von 6 149 861,16 M. soll auf neue Rechnung vorgetragen werden. Die Ge-

schäft hätte demnach auch 1000 Prozent Dividende zahlen können und hätte noch über 1 Million, d. h. mehr als ihr ganzes Aktienkapital auf neue Rechnung vortragen können. Kann man sich noch wundern, daß diese Leute die gegenwärtige Welt für die beste der Welten ansehen? Aber in diesen Zeiten entfällt sich auch der ganze Wahnsinn des heutigen Wirtschaftssystems, das wenigen Millionen in den Schoß wirft und Millionen dafür darben läßt. Und der Staat unterstützt und fördert durch seine verkehrte Politik diese gemeingefährliche Reichtumsabspaltung.

„Wißgriff“. Daß bei den Liebesgaben - Sendungen nach Südwestafrika allerhand sonderbare Dinge passieren, geht aus einem Artikel der „Schl. Zig.“ hervor, der zur Abwendung von Liebesgaben für die deutschen Truppen in Südwestafrika und zu rechtzeitiger Abhandlung der Weihnachtsgaben an die Angehörigen des südafrikanischen Expeditionskorps auffordert. Denn nachdem um unglückliche Sorgfalt bei der Signierung der Listen durch die Sammelstellen gebeten wird, heißt es in jenem Artikel, der sich auf eine Mitteilung des Delegierten der freiwilligen Krankenpflege an das Generalkomitee des Preussischen Landesvereins vom Roten Kreuz stützt: Nach den neueren Erfahrungen soll noch bei 10 unter 107 Listen der Inhalt der Listen mit den Inhaltsangaben nicht übereinstimmen. Die Unzulänglichkeiten, welche dadurch herbeigeführt werden, daß z. B. an Stelle von längst erschienenen und nach der Aufschrift auch zu erwartenden Erfrischungen Hunderte von Exemplaren ein und derselben Nummer eines Lokaltblattes der Liste entnommen werden, treffen vor allem die bedauerlichsten Mannschaften und werden an Ort und Stelle um so unangenehmer empfunden, als in diesen Fällen ein solcher Mißgriff sich nicht rasch wieder ausgleichen läßt. — Das ist ja eine recht nette Wirtschaft! Ungenügend wissen die Gewährsmänner der „Schl. Zig.“ viel mehr, als sie angeben.

Vom Kriegsschauplatz in Nürnberg. Die Untersuchung wegen der Vorgänge, die sich am 17. August vor der Motorfahrzeugfabrik „Union“ abspielten, und wobei der Streikführer F e i s c h m a n n von einem Arbeitswilligen erschossen wurde, ist beendet, während sie wegen der Ereignisse vom 23. und 24. August noch schwebt. Gegen fünf Personen ist Anklage wegen Landesverrats erhoben. Was die Zeugenaussagen von der Mollage übrig lassen, wird sich ja bei der Verhandlung herausstellen, aber es ist doch immerhin interessant, daß man ganze fünf „Landesverratsbrecher“ ausfindig gemacht hat; diese sind es wohl, die, wie die bürgerliche Presse gelogen hat, die mehr als hundert Arbeitswilligen der Unionwerke so hart bebrängten, daß die braven Ehrenmänner am Leben bedroht waren und der Friedensminister in „gerechter Notwehr“ niedergelacht werden mußte?

Rußland.

Polizeispittel als Mordbrenner. Schon mehrfach hat sich herausgestellt, daß die russischen Polizeibehörden bei politischen Umtreiben und Blünderungen ihre Hand im Spiele hatten. Auch Graf Witte hatte bekanntlich als Ministerpräsident eine ganze Geheimhaltung des Ministeriums des Innern aus diesen Gründen aufgehoben. Ein neues Beispiel für die verrotteten Beamtenzustände wird nunmehr aus dem südlichen Rußland gemeldet: Dem Lemberger „Slowo Polski“ zufolge löste in Jekaterinoslaw der neuernannte Polizeimeister Mjosewsky das ganze Detektivkorps auf, ließ die Bureau derselben schließen, suspendierte den Chef der Geheimpolizeiagenten, Kazari, und ordnete an, daß jeder geheime Agent, der ein Legitimationspapier von Kazari oder dessen Stellvertreter vorweist, verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis gebracht werden solle. Der Anlaß dazu lag in einer Entdeckung des Polizeimeisters, daß die Urheber aller in letzter Zeit in Jekaterinoslaw verübten Morde und Räubereien die Agenten der Geheimpolizei selbst gewesen sind. Die Entdeckung geschah durch Postbeamte, die selbst Opfer des Raubattentats dieser Geheimagenten gewesen sind.

Schreckliche Verhältnisse herrschen im Gouvernement Samara, wo eine große Hungersnot ausgebrochen ist. Ganze Familien essen nur dreimal wöchentlich. Infolge dessen nimmt die Krankheit unter der Bevölkerung rapid zu. Es herrscht Stomatitis, Unterleibs- und Hungertypus. Das Verpflegungskomitee arbeitet gewissenlos. So wurde u. a. vom Landwirtschafstschef Getreide angekauft, von dem 7 Waggons ganz von Würmern angefressen waren.

Neue Meutereien. Die Erkenntnis, daß sie in schmählicher Weise zu Bütteln und Hensern des Volkes mißbraucht werden, bricht sich unter den Soldaten immer mehr Bahn. Selber sind die Aufgeklärten noch immer in der Minderheit und werden daher von indifferenten Kameraden dem Zivismus ans Weile gekesselt. Das Loz wurde eine ganze Kompagnie eines Jekaterinoslawer Regiments nach Warschau gebracht und durch das hiesige Kriminalgericht zu lebenslänglicher Zwangsarbeit wegen Meuterei verurteilt.

Was alles revolutionär ist. Da in mehreren Fabriken Wahlen von Arbeiterdeputierten stattgefunden haben, so hat der Stadthauptmann einen Aufruf erlassen, in dem er bekannt gibt, daß derartige Wahlen unstatthaft seien, da der Arbeiterdeputiertenrat von der Regierung als revolutionäre Organisation betrachtet werde.

Die Bauern. In den Dörfern des Bezirks Bialy- stok verweigern die Bauern die Zahlung der Steuern. Im Bezirke Slonim kam es zu einem Zusammenstoß zwischen den Bauern und den Landwächtern: 8 tote und 60 verwundete Bauern. Im Gouvernement Samara ist der Gutshof eines Kaufmanns namens Arshakow von den hungrigen Bauern ausgeplündert worden. Die Landwächter schossen. Im Walde von Bjalowjesch haben die Bauern einen Wächter getötet und einen Polizeiwachmeister samt einem anderen Wächter verprügelt. Im Bezirke Radomysl wurde das Getreide auf dem Gutshofen Jastrzewowich und Swanenko niedergebrannt. Im Bezirke Usman des Gouvernements Tambow fand ein Zusammenstoß zwischen den Bauern und den Landwächtern statt, wobei einige Bauern getötet wurden. Der frühere bauerliche Deputierte Subischenko wurde vom Gouverneur seines Postens als Vorkämpfer „wegen politischer Unzuverlässigkeit“ entzogen. Auf dem Gutshofen im Bezirke Shtombr fanden mehrere Fälle von Brandstif-

ungen halt. Ebenso im Bezirke Elisabetharod. Im Gebiete der Donau in Noalen bemerktigten sich die Werra der gutt-köflichen Vordereien.

Persien.

Ein Parlament nach russischem Muster erhält sein. Nach dem Erlaß betr. die persische Nationalversammlung haben das Altinwahlrecht alle männlichen Staatsangehörigen im Alter von 30 bis 70 Jahren, die lesen und schreiben können, unbestraft sind und nicht im Staatsdienst stehen. Persien wurde in 12 Wahlbezirke eingeteilt, von denen jeder 6 bis 19 Abgeordnete entsendet. Teheran bildet den 13 Wahlbezirk. Das Wahlverfahren ist in den Provinzen indirekt und in Teheran direkt. Die Wahl erfolgt durch Abgabe von Wahlzetteln in geschlossenen Couverts. Die Abgeordneten genießen Unverletzlichkeit der Person und unterliegen mit ihren schriftlichen oder mündlichen Äußerungen nicht der Zensur, sind jedoch strafbar, wenn sie gegen die Religion, Moral und öffentliche Ordnung verstoßen. Derartige Fälle werden von der Nationalversammlung abgeurteilt. Die den Abgeordneten zu leistenden Entschädigungen werden vom Parlament festgesetzt. In der ersten Sitzung wird der Schah den Vorsitz führen

Versammlung der Bürgerschaft.

P. L. Lübeck, 21. September 1906.

Der Vorsitzende Dr. G. G. eröffnete die Sitzung um 6 1/2 Uhr.

Der erste Senatsantrag betr. Stempel- und Abgabengebühren für die Sparkasse der Lübecker Genossenschafts-Bankerei, e. G. m. b. H., in Lübeck, gelangt debattelos zur Annahme.

Beim zweiten Senatsantrag betr. Verleihung des Enteignungsrechtes an die Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft zur Herstellung einer eigenen Einföhrung der Lübeck-Schlutupper Bahn in den Lübecker Bahnhof wünscht

Die hiesige eine Verbilligung der Fahrpreise auf der Strecke Lübeck Hamburg und Lübeck-Travemünde.

U. Bape hält die Zustände der Bahn, namentlich die Verbindungen über Büchen, für sehr traurig. Die Bahn muß ferner dafür sorgen, daß es möglich ist, in einem Tage mit Berlin zu korrespondieren.

Klein befähigt, daß die Beförderung der Briefe von Berlin über Neustrelitz schneller ist, als die über Büchen. Der Senatsantrag wird angenommen.

Der dritte Senatsantrag betrifft die Abänderung des Bebauungsplanes für St. Lorenz-Süd.

U. Bape fragt an, ob die östliche oder die westliche Seite der Moislinger Allee vorbereitet werden soll. Durch den Siedbau ist der große Uebelstand geschaffen, daß manche Leute ohne Wasser sind. Ich will zugeben, daß von der Behörde, wenigstens Einzelnen gegenüber, Entgegenkommen gezeigt wird. Redner fragt lobend an, wie es mit dem Ausbau des Töpferweges steht.

Senator J. H. Evers: Es handelt sich um die östliche Seite der Moislinger Allee. Ueber den Ausbau des Töpferweges ist noch nichts beschlossen.

Lauenstein bemängelt, daß in der Fadenburger Allee die Haltestelle der Straßenbahn eben hinter der Eisenbahnüberführung, also an einem Hauptverkehrsplatz, gelegen ist und wünscht eine Verlegung derselben.

Der Senatsantrag wird hierauf angenommen.

Der nächste Senatsantrag betrifft die Entwässerungsanlage in der Ernststraße, Rabenstrasse und im Grünen Weg.

Dobbertin meint, daß die Siedkästen nicht geruchsfrei bleiben werden. Er tritt für die Erbauung eines Siedkastens ein.

Glafau äußert sich in demselben Sinne.

Senator J. H. Evers: Die Erbauung eines Siedkastens würde für die Anwohner mit zu hohen Kosten verbunden sein. Wenn die Tonstücken ordnungsmäßig gereinigt werden, so können erhebliche Verbesserungen gegenüber dem jetzigen Zustand erreicht werden.

Dr. Ziehl hält den Bau eines provisorischen Siedkastens für zweckmäßig. Die Anwohner können durch ein besonderes Gesetz zum Anschluß gezwungen werden. Die Ausgaben, welche den Leuten jetzt erwachsen, können beim Bau des Hauptkastens angerechnet werden. Redner bittet um Verweisung der Vorlage an eine Kommission.

Senator J. H. Evers hält es nicht für gerecht, daß die Anwohner zum Anschluß an das provisorische Siedkastens durch ein Gesetz gezwungen werden, ohne daß ihnen die Vorteile zustehen, die die Anlieger der Hauptkastens genießen.

Der Antrag Dr. Ziehl wird angenommen. Die Kommission besteht aus Dr. Meyer, Blund, Glasau, Stender und Dr. Priess.

Beim Senatsantrag betr. Ausgleichung der Abrechnung der Oberschulbehörde für das Rechnungsjahr 1905 spricht

Lauenstein seine Vermutung über die Rückwärts-Schulverhältnisse aus und fragt, ob die Schulbehörde den zu stellenden Ansprüchen genügt. Weiter fragt Redner an, ob eine Ermäßigung der Gebühr für den Aufenthalt der Schüler im Wintersemester des Johanneums möglich ist.

Senator Dr. Schön meint, daß die Vergütung, welche für den Aufenthalt und die Beaufsichtigung in dem erwärmten Raum von den Eltern gern gezahlt werden und 2 Mark pro Quartal betragen. Die Schulbehörde in Rücksicht ist nur ein Provisorium; es ist mit Rücksicht auf die neuen industriellen Anlagen bei Rücksicht nicht ausgeschlossen, daß wir noch einmal mit der Forderung eines Provisoriums an Sie herantreten werden.

Ziehl wünscht, daß Staatsarbeiten nicht immer derselben Firma übertragen werden.

Der Senatsantrag wird angenommen.

Der nächste Senatsantrag betrifft Abänderung des Bebauungsplanes für die innere Stadt und Enteignung von Teilen der Grundstücke A n der Untertrave Nr. 91 und 92.

Schön richtet an den Senat das Ersuchen, die Vorschriften einer neuen Baufluchtlinie für die Breitestraße zu erlassen.

Senator Kulenkamp glaubt, mit Rücksicht auf die hohen Kosten werde der Senat dem Ersuchen des Herrn Schön keine Folge geben.

Nach weiterer unwesentlicher Debatte wird der Senatsantrag angenommen.

Nunmehr gelangt zur Beratung der Bericht der Kommission zur Vorprüfung der Senatsvorlagen:

a) Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Erhebung einer Gewerbesteuer von dem Betriebe der Gast- und Schank-

wirtschaft, sowie des Kleinhandels mit Branntwein oder Spirituosen.

b) Entwurf eines dritten Nachtrages zu der Bekanntmachung vom 19. Dezember 1898, betreffend die Gebührenentart der Senatskanzlei, der Nekursbehörde in Gewerbesachen, des Polizeiamtes, des Finanzdepartements, des Stadt- und Landamtes und der Bau-deputation.

Wir haben den Bericht f. Zt. abgedruckt.

Winkel gibt Erläuterungen zum Kommissionsbericht und behauptet, daß die Lage der Witte keine rosige ist und bittet um Ablehnung der Senatsvorlage.

Senator Kulenkamp meint, daß die Senatsvorlage besser ist, als es die Vorschläge der Kommission sind. Redner bittet, die Kommissionsvorschläge nicht als Ersuchen an den Senat zu richten, da der Senat demselben jedenfalls nicht beizutreten geneigt sein wird. Sehr umständlich und schwer durchführbar ist beispielsweise das Selbstdeklarationsverfahren.

Vorwardt: Wenn die Senatsvorlage angenommen wird, so hat es das Polizeiamt in der Hand die Sätze zwischen 30 und 300 Mk. willkürlich festzusetzen. Mancher Wirt würde die Steuer überhaupt nicht zahlen können.

Senator Eschenburg erklärt nochmals, daß die Vorschläge der Kommission für den Senat unannehmbar sind.

Dr. v. Broden: Die Kommission will die Besteuerung möglichst progressiv gestalten und hat demgemäß ihre Ansichten in ihrem Bericht niedergelegt. Die Belastung der Witte nach Klassen ist unedergelt.

Udenburg will deshalb für die Senatsvorlage stimmen, da durch die Kommissionsvorschläge eine zweite Gewerbesteuer für die Witte geschaffen wird. Bei § 3 der Senatsvorlage beantragt er folgende Sätze: 20, 60, 90 und 120 Mark.

Legtmeyer-Moisling rühmt sich, in der Kommission die Senatsvorlage besser vertreten zu haben, als es seitens des Senates geschehen könne, hätte aber wenig Erfolg damit gehabt. Redner hält es für möglich, die Senatsvorlage in der Weise zu verbessern, indem man die kleineren Witte weniger belastet.

Winkel bittet nochmals um Ablehnung der Senatsvorlage.

Der § 1 der Senatsvorlage wird angenommen, ebenso der § 2.

Legtmeyer beantragt, zu sagen bei Einkommen von 2000 Mk. 20 Mk. zu zahlen; von 2000 bis 3000 Mk. Einkommen 1% Prozent.

Der Abänderungsantrag Udenburg wird abgelehnt. Vorwardt beantragt die Sätze auf 20, 40, 60 und 100 Mk. zu normieren.

Recht empfiehlt Ablehnung der Vorschläge der Kommissionsminderheit und des Antrages Legtmeyer.

Dr. Wittern hält den Antrag Legtmeyer für unmöglich.

Winkel beantragt folgende Sätze 30, 50, 90 und 250 Mk.

Udenburg und Legtmeyer ziehen ihre Anträge zurück.

Dr. Ziehl beantragt, die Kommissionsfassung für den zweiten Absatz des § 3 zu genehmigen.

Es wird beschlossen, die Sätze in § 3 auf 30, 60, 100 und 300 Mark festzusetzen.

Winkel beantragt bei § 4, die Steuer in halbjährlichen Raten zahlen zu lassen.

Der Antrag wird angenommen.

Weiter wird ein Antrag Mühsam, der das Inkrafttreten des Gesetzes dem Ermessen des Senats überläßt, angenommen.

In der Gesamtabstimmung wird die Senatsvorlage genehmigt.

Nunmehr gelangt zur Beratung die Erhöhung der Gebührenentart, Wandergewerbesteuer usw.

Wissell: Die Kommission, die angeblich so gründlich gearbeitet hat, ist zu geradezu haarsträubenden Vorschlägen gekommen. Ich habe bereits bei der Beratung der Vorlage am 9. April darauf hingewiesen, daß die Gebühr für Wandergewerbesteuer mit 5 Mark viel zu hoch bemessen ist, da gerade Händler mit Zwirn, Band und anderen Kleinigkeiten in Frage kommen, deren Verdienst nur gering ist. Die Kommission will diese Gebühr gar auf 5-1000 Mark festsetzen lassen. Anscheinend hat man gar nicht gewußt, daß bereits eine Wandergewerbesteuer existiert, deren Erhöhung gerade an dem Tage in Kraft trat, als die Kommission, deren Bericht hier zur Beratung steht, gewählt wurde. Die Gebühr für die Ausstellung eines Scheines soll nach der Senatsvorlage 5 Mark betragen, die Steuer jedoch nur 3 Mark. Das ist ungerechtfertigt. Wollte man, wie der Kommissionsbericht anführt, die Händler mit Leppichen, Spitzereien usw. treffen, so hätte man logischerweise die Steuer erhöhen müssen und nicht die Gebühr für die Ausstellung des Scheines. In Preußen beispielsweise ist die Wandergewerbesteuer weit niedriger als in Lübeck, ebenso in Udenburg. Während gegen die Festsetzung der Steuer Nekurs beim Senat eingelegt werden kann, gibt es gegen die Festsetzung der Gebühr durch das Polizeiamt keine Reklamation. Ich zweifle nicht daran, daß das Polizeiamt möglichst hohe Sätze verlangen wird. In der Kommission, die diesen Bericht erstattet hat, war auch mein Freund Schwarz. Das hindert mich jedoch nicht, Kritik zu üben, und ich kann Ihnen sagen, daß Schwarz dasselbe sagen würde wie ich, wenn er nicht in Mannheim wäre. Er hat eben den Angaben der Juristen, die in der Kommission vertreten waren, zu viel Glauben geschenkt. Auch bei der Festsetzung der Gebühren für Gast- und Schankwirte hat die Kommission einzig gearbeitet. Die Gebühr, welche bisher einheitlich 50 Mk. betrug, will sie bis auf 10000 Mk. erhöhen, das ist eine Erhöhung um 40000 Prozent. Angesichts solcher Leistungen geht mir der Atem aus. Ich bitte Sie, sowohl die Senatsvorlage als auch die Kommissionsvorschläge abzulehnen.

Senator Kulenkamp: Auch der Senat hält die Vorschläge der Kommission bezüglich der Erhöhung der Wandergewerbesteuer für ungerechtfertigt, zum großen Teil aus den von Wissell angeführten Gründen. Die vom Senat vorgeschlagenen Gebühren sind ausreichend.

Dr. v. Broden gibt zu, daß in der Kommission die Wandergewerbesteuer nicht genügend berücksichtigt ist. Die hohen Sätze sollen die Händler mit Leppichen treffen, die in der Stadt große Umsätze haben.

Wissell beantragt, die Gebühr auf 2 Mark zu bemessen.

Dahms beantragt, die Gebühr bis zu 5 Mark festzusetzen, aus den von Wissell angeführten Gründen.

Dr. Wittern: In dieser Kommission hat nun Herr Schwarz gewirkt, wie wird das erst werden, wenn noch mehr Sozialdemokraten in den Kommissionen sitzen. Ich muß nun Herrn Schwarz gegenüber der Kritik des Herrn Wissell verteidigen, denn die Kommissionsvorschläge sind durchaus nicht so schlimm, wie Herr Wissell es darstellt, zumal es sich um eine einmalige Abgabe handelt. (Wissell ruft: Haben Sie eine Ahnung!)

Wissell: Die Gebühr muß alljährlich gezahlt werden, das kann mir sogar vom Senatstische bestätigt werden. Für meine Kritik kommen nicht die Personen in Frage, welche in der Kommission waren, sondern deren Vorschläge. Die Verteidigung durch Dr. Wittern würde mein Freund Schwarz ebenso ablehnen wie ich, und zwar aus den Gründen, die ich schon in voriger Bürgerschaftsversammlung ausgeführt habe.

Udenburg beantragt, daß der fünfte Absatz der Ziffer 1 der Senatsvorlage gestrichen wird.

Dr. v. Broden stellt den Antrag, die Gebühr auf das 5- bis 50fache zu erhöhen.

Legtmeyer beantragt, bei Rekonfessionierungen die Gebühr um das 20fache zu erhöhen.

Ein Antrag Mühsam, die Gebühr auf das 10fache festzusetzen, wird angenommen, die anderen Anträge abgelehnt.

Ihre Zustimmung gab die Bürgerschaft nach weiterer unwesentlicher Debatte den vom Senat vorgeschlagenen Sätzen bezüglich der Gast- und Schankwirte, sowie den Kleinhandel mit Branntwein und Spirituosen. Ebenso wurden die Gebührensätze für Schaustellungsveranstaltungen, Singpielhallen, Pfandleiher, das Ausrufen und Verteilen von Gegenständen nach der Senatsvorlage angenommen.

Der Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes soll dem Senat überlassen bleiben.

In der Gesamtabstimmung wurde die Vorlage des Senats gegen eine erhebliche Widerheit genehmigt.

Um 10 1/2 Uhr wurde die Versammlung auf nächsten Montag vertagt.

Lübeck und Nachbargebiete.

Dienstag, den 25. September.

Achtung, Holzarbeiter. Nach Aufhebung des Streiks sind die Kollegen ausgesperrt. Zugang von Tischlern Drechslern, Maschinenarbeitern und Hülfsarbeitern ist deshalb strengstens fernzuhalten.

Achtung, Schneider! Ueber die Werkstatt von Zieg, Fadenburger Allee, ist die Sperre verhängt.

Weil die Arbeiter mehr Fleisch als früher essen, deshalb sind die Fleischpreise so hoch, das war die Quintessenz eines Artikels, welcher kürzlich im Amtsblatt abgedruckt war. Wir haben diesen Unfug f. Zt. gehörig an den Branger gestellt. Beachtenswert ist es nun, was ein waschechtes Unternehmernorgan über den Lebensmittelmacher schreibt, nämlich die „Deutsche Bergeweiszeitung“; es heißt dort: „Durch seine (Bobbelskis) rückwärtslose Politik zugunsten der Agrarier, die keinerlei Entgegenkommen und Berücksichtigung der Industrie kennt, hat er es erreicht, daß die Preise für die notwendigen Lebensmittel eine solche Höhe erreicht haben, die man für die weitesten Schichten des Volkes als unerträglich bezeichnen darf. Das ist leider keine Lebensart, sondern ein ganz trauriges Faktum, und die Industrie, die heute die eigentliche Nährmutter des Volkes ist, kann trotz aller Anstrengungen und bei den größten Opfern nicht so ergiebig gemacht werden, daß sie die Löhne und Gehälter auf eine Stufe brächte, die einen Ausgleich gegen die Preise der Lebensmittel bedeutete. Heute kostet das Pfund Speck in unseren Industriefabriken wieder 1 Mark. Das bedeutet für einen Tagelöhner mit einem Lohne von 3 Mk. ein Drittel seines Tageseinkommens; und man kann nicht sagen, daß, wenn er sich mit Frau und drei bis vier Kindern des Mittags um ein Stück Speck legt, er irgendwie der Verschwendung frönt. Dieses eine Faktum erläutert ohne weiteres die Tatsache, weshalb sehr weite Kreise des Volkes bis hoch in die Kreise mittlerer Beamten und Lehrer hinein nicht mehr in der Lage sind, mehr als zwei- oder dreimal in der Woche Fleisch zu essen.“ — Was hier gesagt wird, ist nicht neu, sondern von sozialdemokratischer Seite bereits wiederholt hervorgehoben worden. Es kennzeichnet aber glühend den auch von uns angelegten amtshilfflichen Schwundel, daß die hohen Fleischpreise eine Folge des vermehrten Fleischgenusses der Arbeiter sind. Und darauf kam es uns an.

Der Musikverein eröffnet seine Winterkonzerte im kommenden Mittwoch mit einem vollständigen Konzert im „Colosseum“. Die Kapelle besteht aus tüchtigen Künstlern, die sich unter der Leitung der Kapellmeister Ufferni und Abendroth einen vorzüglichen Ruf erworben haben. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß auch die diesjährigen Konzerte wieder auf bedeutender künstlerischer Höhe stehen werden, und deshalb ist der Besuch derselben nur zu empfehlen. Bemerkenswert sei noch, daß sich die Vorverkaufspreise und die Preise für 10 Billets erheblich billiger stellen, als die Kassenspreise.

Soldatenbriefe. Ueber die Beförderung von Soldatenbriefen sind vom Reichspostamt zum Teil neue Bestimmungen ergangen. Insbesondere soll in Zukunft die Nachsendung portofrei beförderter Briefe und anderer Sendungen an Militärpersonen, die vorübergehend beurlaubt oder bereits aus dem Militärdienst entlassen sind, ohne Vorkauf angefordert werden. Mahnbriefe, in denen Soldaten an die Bezahlung für entnommene Waren usw. erinnert werden, dürfen jetzt unter der Aufschrift „Soldatenbrief. Eigene Angelegenheit des Empfängers“ portofrei befördert werden. In bestimmten Fällen ist die Anwendung des Portofreiheitsbemerks „Militärsache“ oder „Heeresache“ ebenfalls zulässig.

Aus dem Gerichtssaal. Wegen Konkursvergehen wurden gestern von der Strafkammer die Kaufleute Ahrens und Maedge zu je 6 Wochen Gefängnis verurteilt. Die Angeklagten waren Mitinhaber der Firma Maedge, Deddenbrod u. Ahrens und haben als solche ihre Bücher derartig unregelmäßig geführt, daß es überhaupt nicht möglich war eine Vermögensübersicht zu gewinnen. Bei der Eröffnung des Konkurses ist eine Warenunterbilanz von 28000 Mk. von den Sachverständigen festgestellt worden. Die Gläubiger dürften nach Ansicht des Konkursverwalters nur 20 Proz. erhalten.

Der „Bankier“ Wehrmann, ein Strohmann des nach Koppenhagen verzogenen Serienlosgefellschafsdirektors Lübbers, wurde verhaftet, weil er sich dadurch gegen das neue Gesetz gegen den Serienloschwundel vergangen haben soll, daß er neue Gefellschaften zu gründen versucht hat. Die Haftentlassung des W. gegen eine Kaution von 3000 Mark wurde abgelehnt. — Wie uns mitgeteilt wird, soll auch gegen Lübbers Untersuchung wegen Steuerhinterziehung eingeleitet werden.

Bevölkerungsbewegung im Monat August 1906. Die nachstehenden Angaben beziehen sich auf den ganzen Lübeckischen Staat unter Zugrundelegung der Meldungen der 12 Standesämter (Stadt Lübeck und 11 ländliche Standesämter). Die Zahl der Eheschließungen betrug 52 gegen 69 im Vormonat (46 im Aug. 1905). Geburten erfolgten 221 gegen 237 im Vormonat (234 im Aug. 1905). Unehelich geboren wurden 22, todegeboren 8 Kinder. Die Zahl der Sterbefälle belief sich auf 187 gegen 127 im

Bormonat (150 im Aug. 1905). Der Geburtenüberschuss berechnete sich hiernach auf 34 gegen 110 im Bormonat (84 im Aug. 1905). In den Monaten Januar bis Aug. belief sich die Zahl der Eheschließungen auf 537 (gegen 519 im gleichen Zeitraum des Vorjahres), der Lebendgeburten auf 1972 (2047), der Sterbefälle auf 1113 (1238), der Geburtenüberschuss auf 859 (809).

Sei freundlich mit deinen Kindern. Du hast viel Arbeit und wenig freie Zeit. Du mußt den Haushalt besorgen, du trägst nachmittags Zeitungen aus, oder du nimmst zu Hause oder hast eine andere Nebenarbeit. Das raubt dir die Mußestunden, in denen du deinen Kindern leben läßt. Du läßt in solchen „Mußestunden“ die zerissenen Kleider der Kinder und hilfst ihnen bei den Schularbeiten. Und du wirst grüßig, nervös, unruhig. Dich ärgert jede Kleinigkeit an deinen Kindern. Du wirst leicht ärgert und verärgert dich in deinem Zorn, und aus deinem Gesicht spricht Verbitterung und Verschlossenheit. Deine Kinder aber schleichen sich um dich herum und wagen kaum zu atmen, um nicht einen neuen Zornesausbruch heraufzubeschwören. O, ich begreife deine Stimmung, armes Weib, du hast es schwer, und wir wollen helfen, dir dein schweres Los zu erleichtern. Aber versuche doch auch du, deinen Kindern gelegentlich ein fröhliches Gesicht zu zeigen. Schüttle den Griesgramm und den Mißmut, die Nervosität und die Unruhe ab und sei fröhlich mit deinen Kindern. Jubelnd werden sie um dich herumspringen, ihre lachenden Augen werden dein verbittertes Gesicht erwärmen, ihre Fröhlichkeit wird dich anstecken, und du wirst hernach deine schwere Arbeit leichter vollbringen als zuvor. Darum sei freundlich mit deinen Kindern!

Siedtheater-Propositorium im Stadthallen-Theater. Aus der Theaterkasseler wird uns geschrieben: Die Proben für die ersten Vorstellungen sind bereits im vollen Gange. Das Ensemble verspricht nach den bisherigen Proben ganz Vorzügliches zu leisten, sobald man einer genügenden künstlerischen Spielzeit entgegensehen darf. Das gesamte Ensemble besteht aus 67 darstellenden und 24 technischen Mitgliedern; rechnet man noch das aus 52 Musikern bestehende Orchester hinzu, so beträgt der gesamte Theaterkörper 143 Personen. Der Schluß der Abonnementsannahme findet am Donnerstag, den 27. September d. J., statt.

pb. Ladendiebstahl. Gestern vormittag zwischen 7 1/2 und 8 Uhr wurde aus einem Laden gestohlen: Eine kurze goldene Uhrkette mit einer goldenen Kugel, 1 neuer silberner Kinderlöffel, 1 silberner Brautkranz, 4 unechte Broschen und 1 lange goldene Herrenwestenfalte, aus

länglichen Gliedern zusammengesetzt. An letzterer befindet sich ein Drahting, gezeichnet R. W. 4. November 77.

pb. Ermittelt und festgenommen wurde ein Arbeiter von hier. Derselbe wurde in der Nacht vom 23. zum 24. ds. Mts. von einem in der Roschstraße auf Posten befindlichen Schutzmänn mit einem Fahrrad, das er vom Flur eines Hauses in der Holstenstraße gestohlen hatte, angegriffen.

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein Ring-Bier.

Mendorf a. O. Achtung, baugewerbliche Arbeiter! Ueber das Geschäft von Harbst ist ein Sports verhängt.

Uebere. Wendeter Bierkrieg. Infolge des energischen Vorgehens des Birtevereins ist den Kreis Stornowar in der Westküste hier recht rasch beendet worden. Die hier liefernden Brauereien haben sich mit einem Aufschlag von 50 Pfg. pro Hektoliter zufrieden erklärt, welcher Aufschlag vom Birteverein angenommen ist. Allerdings ist das Flaschenbier teurer geworden. Um nun noch auf ihre Rechnung zu kommen haben einige heilige Birte den Preis für ein Glas Grog von 20 auf 25 Pfg. erhöht. — Auch in Lübeck haben einige Birte den Grogpreis bereits um 5 Pfg. erhöht; das Publikum wäre nicht, wenn es sich ein derartiges Vorgehen gefallen ließe. Mögen die Birte ihren Grog zu erhöhtem Preise selbst trinken!

Hamburg. Zum Bierkrieg. Der Verein der freien Gast- und Schankwirte von Hamburg-Altona hielt eine Versammlung ab, in der man sich eingehend mit der gegenwärtigen Situation im Bierkrieg beschäftigte. Der Referent betonte, daß die gegenwärtige Lage für die Gast-

mirte nicht als sehr günstig bezeichnet werden könne, da ein großer Teil der eigenen Berufsgenossen gar nicht mit in den Kampf eingetreten ist und den hiesigen Brauereien das Bier abgenommen hat; sie schenken nach wie vor den halben Liter für 15 Pf. Und auf der anderen Seite kümmern sich ein großer Teil des Publikums gar nicht um den Kampf und trinken nach wie vor das hiesige Bier ruhig weiter, genau so, wie das beim Bierbottich im Jahre 1904 geschehen ist. Zu bedauern sei es auch, daß, nachdem die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften in jeder Einmischung in den Kampf abgelehnt hatten, sehr viele Birte die bekannten Pläne des Aktionskomitees: „Hier wird nur ringfreies Bier geschickt“ aus den Fenstern entfernten und sich einfach um den weiteren Ausgang des Kampfes nicht kümmern. Wenn die Birte nicht noch im letzten Augenblick eine andere Taktik einschlagen, dann werden sie niemals gegen die fest zusammenhaltenden Brauereien den Sieg erringen. In der Debatte wurden von verschiedenen Rednern betont, daß der Kampf als verloren zu betrachten sei, so lange es nicht gelinge, die abhängigen Birte dem Einfluß der Brauereien zu entziehen, denn diese Birte seien nach wie vor gezwungen, die von den Brauereien vorgeschriebenen hohen Preise zu bezahlen, während die anderen Birte noch immer die alten Preise haben. — Nach einer weiteren lebhaften Debatte sprach sich die Versammlung mit großer Majorität für die Fortführung des Kampfes aus.

Lüneburg. Eine merkwürdige Grabchändung geschah in Lüneburg. Vor einigen Monaten starb in Lüneburg ein junger Mann. Auf seinem Grabhügel setzte seine Brau einige Töpfe mit Blumen. Bald aber entzweite sich die Mutter des Verstorbenen mit der Familie der Brau und von der Brau ging die alte Frau auf den Kirchhof und riß die von der Brau gestifteten Blumentöpfe aus dem Grabhügel. Der Gärtner pflanzte die Blumen von neuem ein, aber die Mutter kam abermals und schleuderte sie wieder fort, so daß die Töpfe zerprallten. Die Staatsanwaltschaft leitete darauf gegen die Frau das Verfahren wegen „Grabchändung“ und Sachbeschädigung ein, und in der Hauptverhandlung beantragte der Staatsanwalt unter Hinweis auf die bewiesene Gefährlichkeit nicht weniger als 3 Wochen Gefängnis. Das Gericht stellte sich indes auf den Standpunkt, daß den Eltern des Verstorbenen das Verfügungsrecht über das Grab zustehe, so daß von einer Grabchändung im Sinne des Strafgesetzes nicht die Rede sein könne. Wegen der verübten Sachbeschädigung erkannte es dagegen auf 20 M. Geldstrafe.

Die glückliche Geburt einer gesunden Tochter zeigen hocherfreut an

Karl Bockholt und Frau,
Solo, geb. Wilde.

Für die vielen Geschenke und Gratulationen zu unserer Hochzeit sagen besten Dank

Carl Schröder und Frau,
geb. Glau

Zum 1. Oktober oder später **Cronsforder Allee 102-104** schöne abgeschl. Wohn. 2 Stuben, Küche, Kloset, abgeschl. Keller, Bodenl., Waschl., Trockenboden.
Näh. Cronsforder Allee 83 a.

Gesucht zum 1. oder 15. Oktober eine **Zweizimmer-Wohnung** im Preise bis 180 M., am liebsten vorm Holstentor.
Off. u. H F 25 an die Erped. d. Bl.

Frauen
zum Braten und Marinieren
und ein Arbeiter
zum Dosenverschließen
gesucht.

F. A. Rieck, Vorbeckstraße 11.

Gesucht zu sofort eine **saubere Waschfrau**
Arminstraße 35, II.

Gesucht zu sofort eine **ältere Frau** tagsüber bei einem Kinde.
Zu melden von 12-1 und abends nach 7 Uhr
Kerckhoffstraße 46 a, II.

Gesucht noch einige **Mädchen u. Frauen** zur gründlichen Erlernung der Damenschneiderei sowie Musterzeichnen und Zuschneiden.
Bercevalstraße 51, II, vor dem Hirtentor.

3 Frauen
für leichte Arbeiten bei dauernder Beschäftigung.
Aug. Faasch, Kolltabakfabrik, Johannisstr. 43.

Zu verkaufen eine **starke Schiefkatze**, ein paar **Waschbälgen** u. a. m.
Adolfstraße 14.

Zu verkaufen ein **2 Fam.-Haus** i. g. baulichen Zust., H. Bor- u. Hintergarten.
Lützowstraße 27.

Kinderbettstelle mit Matratze und ein **Stuhl** u. **Siegewagen** mit Verbed billig zu verkaufen.
Mühlendamm 2

Zu verkaufen ein **runder Wagenschirm**
Obertrave 46 1.

Sohlen-Ausschnitt
zu billigen Preisen. Ueberhandl. u. Stenberei **Eduard Teuteberg, Untertrave 70.**

5 Pf. pro Pfd. zahlbar für Hausstands-lampen. Bitte Postkarte.
Weissenhofstraße 25

Zwetschen
leichte Ladung
das Pfd. 5 Pf., 10 Pfd. 40 Pf.
Fr. Daniels
Fleischhauerstraße 20, b. d. Königstraße.

Donnerstag abend 8 Uhr Schluss

meines großen Total-Ausverkaufs wegen Geschäftsverlegung. Sämtliche Waren werden bis dahin zu jedem annehmbaren Preise verkauft. Von Freitag ab befindet sich das Geschäft in meinem Hause 38 Heinrichstraße 38, gegenüber der Schule.

Friedrich Becker, Heinrichstraße 2.
Manufakturwaren und Arbeitergarderoben.

Bei Todesfällen
wende man sich an das
Sarg-Magazin von A. Brodersen, C. Behrens Nachflg.,
obere Aegidienstraße 7. — Fernruf 1090.
Übernahme von Beerdigungen, Transporte von und nach auswärts.
Genauere vorherige Kostenberechnung. Eigenes Fuhrwerk.
Metall- und Perlkränze. Eiserner Grabkreuze.

Neue Welt-Kalender

für 1907
Buchhandlung von **Friedr. Meyer & Co.**
Preis 40 Pfennig.

„F L O R A“

Konzerthaus.
Benefiz-Ball für die Bedienung
am **Mittwoch den 26. September.**
Anfang 8 Uhr. Hierzu ladet freundlich ein
Ende morgens. Die Bedienung.



Ludw. Hartwig.
Sie erhalten Tafel- u. Marken-Butter
48 b Königstraße 48 b.
„Zur billigen Fleischquelle“.
Junges Schweinefleisch Pfund 70 Pfg.
Kalbfleisch Pfund 50 Pfg.
Carbonade Pfund 80 Pfg.
Zetten Speck Pfund 80 Pfg.
Biegenfleisch Pfund 40 Pfg.

ff. Kornbranntwein und Doppel-Kümmel
in der seit Jahren bekannten vorzüglichen Qualität empfiehlt billigst in Flaschen, Korbfaschen und Gebinden
Wilhelm Rahfoth
Lübeck, Untertrave 113.
Billig! Große saure Serringe, sein mariniert, à St. 5 Pf. Billig!
Wiederverkäufer billiger. Fischergrube 61.
Jeden Dienstag u. jeden Freitag:
Frische Brotwurst
Grüdwurst
W. C. Koeppke
Klingenberg 3-4.

Atelier für Zahntechnik und Zahnpflege

H. Schreiber, Breitestr. 2.
Den so beliebten
Hamburger Gastofen
empfiehlt billigst
Fernruf 242. Christian Gäde
Kontor Fischergrube 4 und
Lager bei der Drehbrücke.

Zentral-Verband der Fleischer
und Berufsgenossen Deutschlands.
(Zahlstelle Lübeck.)

Mitglieder-Versammlung
am **Mittwoch den 26. d. Mts.**
abends 8 1/2 Uhr präzis
in **Veranstaltungssaal, Johannisstr. 30**
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht
Um zahlreiches Erscheinen erucht
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiterverband
(Verwaltungsstelle Lübeck.)

Die regelmäßige Mitglieder-Versammlung am **Mittwoch den 26. d. Mts.** fällt aus.
Die Ortsverwaltung.

Hansa-Theater
Letzte Woche
des allbeliebten I. Spielplans.
Goldene Laube
größte elektrische Ausstattungsfeier
der Gegenwart
und das phänomenale
Künstlerpersonal
Vorverkauf in Sager's Zigarren-Gesch.

Panorama
Breitestraße 53, 1. Etg.
Besuch der Schlösser
Versailles.
Gr.- u. Klein-Trianon.

Stadtheater-Propositorium
(Stadthalle).
Schluß d. Abonnementsannahme
Donnerstag, den 27. September.
Eröffnungs-Vorstellung
Sonabend, den 29. September

Vierte Konferenz der Sozialistischen Frauen Deutschlands.

(Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.)

hg. K a n n h e i m, 22. September. (Fortsetzung.)

Es folgt die Diskussion; hierzu liegen folgende Anträge vor:

1. Die Agitation unter den Frauen ist nicht nur in einzelnen Bezirken, sondern in den ganzen Ostprovinzen intensiv zu betreiben. Genossinnen Bromberg.

2. Deutschland ist in Agitationsbezirke einzuteilen und die Einsetzung von Bezirksvertreterinnen anzustreben. Genossinnen Bromberg.

3. Den Vertrauenspersonen in jedem Wahlkreis sind Agitationskommissionen (bestehend aus 5 Personen) zur Seite zu stellen, deren Tätigkeit sich auf den Wahlkreis erstrecken soll. Genossinnen Bromberg.

4. Es möge energisch für die Freigabe des Sonnabendnachmittags für gewerbliche Arbeiterinnen agitiert werden. Genossinnen Mühlhagens i. G.

5. Den Vertrauenspersonen der industriell entwickelten Orte wird zur Pflicht gemacht, an die Gemeindevorsteher Anträge zu stellen um Schaffung von Kitzen und Kindergärten. Genossinnen Berlin.

Zu 5 beantragt Genossin P o h n e n s t e i n folgenden Zusatz: „erforderlichenfalls solche im Geiste moderner sozialer Pädagogik geleitete Einrichtungen selbst ins Leben zu rufen oder zu unterstützen“.

Genossin G r e i f e n b e r g, Ansburg: Ich habe zu dem Tätigkeitsbericht der Genossin B a d e r nichts hinzuzufügen, und werde mich daher nur zu den Anträgen äußern. Der Antrag 3 der Exakter Genossinnen ist ja sehr gut gemeint, aber er ist wegen der Bereinigung der verschiedenen Staaten nicht durchführbar. (Sehr richtig!) Dagegen ist der Antrag 5 so wichtig, daß dessen Inhalt auch zur Durchführung kommen möge. In den heutigen Kitzen- und Kinderbewahranstalten wird die Autorität der Mutter untergraben. Besonders bei uns in Bayern ist dies der Fall, wo die Geschäftlichkeit die Kinder unter ihrem Einfluß hat. (Veh. Beifall.)

Genossin F a h r e n w a l d, Hamburg: Ich hoffe, daß der nächste Bericht über noch größere Erfolge wird berichten können. Wir arbeiten in Hamburg ja mit den Genossinnen mit bestem Erfolge Hand in Hand und haben die Zahl der Abonnenten der „Gleichheit“ auf 1600 erhöhen können. Die Postspende der „Gleichheit“ besorgen die Genossinnen selbst. Sie haben durch diese mühsame Arbeit des Treppauf-, Treppablaufens es fertig gebracht, für das Genossinnenkosthaus 1000 Mark zu geben. (Bravo!) In Bezug auf die Anträge 3 und 5 schreibe ich mich ganz den Ausführungen der Genossin G r e i f e n b e r g an. Was den Antrag 5 anlangt, so hoffe ich, daß die Zeit kommen wird, wo die Frauenarbeit verschwindet, wo jede Frau selbst Erzieherin ihrer Kinder sein kann, wo wir keine Kitzen und Kindergärten brauchen.

Genossin D e u p e r, Essen: Bei uns können wir bereits nach 2jähriger Organisation über 600 Abonnenten der „Gleichheit“ verzeichnen. (Bravo!) Was so mehr werden wir vor der Polizei schikariert. Während ich eine Besammlung abhielt, wurde bei mir Hausdurchsuchung abgehalten. Nachher wurde ich vor den Untersuchungsrichter geladen, wegen „Beleidigung“. (Heiterkeit) Man, ich habe die Verhandlung mit Ruhe entgegen. Unserer Organisation hat diese Polizeiaktion nur genützt. Wir haben jetzt j den Tag Aufnahmen zu verzeichnen. (Bravo!)

Genossin D a n k e r, Dresden: Wenn wir den Gemeindevorsteher, Kindergärten einzurichten, so laufen wir Gefahr, daß die Köpfe der Kinder bereits mit allerlei religiösen Vorstellungen vollgepfropft werden, daß man da

schon anfängt, jeden Geburtstag großer Herrschaften mit großem Klöppeln zu feiern. (Sehr richtig!)

Genossin K a h l e r, Dresden: Die Bewegung in den östlichen Provinzen geht langsam vorwärts, aber es sind doch ganz hübsche Erfolge auch dort erzielt worden. Dort werden die Frauen nicht nur in der Industrie ausgebaut, sondern auch bei der Landwirtschaft, bei Kanalisations- und Gebäulichkeiten. Eine intensive Agitation ist um so mehr notwendig, als ein großer Teil der gewöhnlichen Genossinnen wie ein Strohhalm schnell wieder in sich zusammenfällt, sich um die Bewegung nicht mehr kümmert, sobald die Agitatorin den Ort verlassen hat. Auch für Ausbringung freiwilliger Gelder kann bei Annahme der Bromberger Anträge weit mehr geschehen. (Bravo!)

Genossin S c h r a d i n, Reutlingen: Aus Württemberg kann ich leider nicht über große Erfolge in der Frauenorganisation berichten. Dazun trägt die Hauptschuld die Gleichgültigkeit der männlichen Genossen in Württemberg. Der Gewerkschaftssekretär Näher in Stuttgart meinte, wir möchten nur erst die Männer organisieren, dann könnte man erst an die Frauenorganisation denken. Die Frauen seien zu dumm, um die Referate zu verstehen. (Hört! hört!) Da gehört eine Kopfnatur dazu, um bei solchen Redensarten ruhig zu bleiben. Die Frauen an und für sich sind für die Agitation ganz zugänglich, aber die Rückständigkeit der Parteigenossen ist zu groß. Es tut mir leid, daß ich Ihnen das hier sagen muß.

Genossin K a h n e n s t e i n: Wir wollen, wie es in Berlin bereits geschieht, Kindergärten schaffen, die weder religiös noch politisch beeinflusst werden und zwar hauptsächlich aus pädagogischen Gründen. Die Ausbildung muß organisch sein, die Kinder müssen darauf gewöhnt werden, solidarisches Zusammenhalten und auf die Dinge in ihrer Umgebung zu achten und für dieselben das richtige Verständnis zu gewinnen. Es kommt darauf an, die Kinder so zu erziehen, daß sie denken lernen, dann brauchen wir uns keine Gedanken über deren weitere Entwicklung zu machen. Es ist notwendig, daß hier eine neue Grundlage geschaffen wird für eine durchgreifende Erziehung. Antrag 5 fordert, daß bezahlte Anstalten von den Städten geschaffen werden. Das ist zwar sehr schön; aber der Besatzungswill erfordere Fall des je l o s t n ä h i g e Schließung solcher Anstalten. Denn wir wissen noch lange nicht, wenn solche Einrichtungen von den Kommunen geschaffen werden, wie sie ausfallen. Wenn es darum zu tun ist, die Kindergärten und Schulen im anderen Sinne zu schaffen, der muß uns, ohne Rücksicht auf seine Parteizugehörigkeit, willkommen sein. (Veh. Beifall.)

Genossin B i e h, Hamburg: Genossin D a n k e r und Genossin K a h n e n s t e i n haben den Zusatzartikel der Frankfurter Genossinnen zu Antrag 5 beantwortet. Genossin D a n k e r ist aber doch wohl zu weit gegangen, wenn sie gemeint hat, wir sollten das Hauptgewicht auf die gesellschaftliche Gründung von Kindergärten legen. Ich meine, man soll das eine tun und das andere nicht lassen. In erster Linie müssen wir von der Kommune verlangen, solche Einrichtungen zu treffen. Wenn die sozialdemokratische Partei mit dieser Forderung bisher keine Erfolge erzielt hat, so liegt es nicht daran, daß sie diese Forderung nicht mit der nötigen Wärme vertreten hat, sondern daran, daß sie bis jetzt wenig Einfluß auf die kommunalen Verwaltungen gehabt hat. Keinesfalls aber darf die materielle Voraussetzung für die privaten Kindergärten von Leuten geschaffen werden, welche dem Volke „Böhtaten“ erweisen wollen (vehemente Zustimmung) sondern es muß ausgegangen werden von der Anschauung, daß das Volk Rechte zu fordern hat. Wir werden heftig verfolgt, wie aber auch diese Verfolgungen erden mögen — man hemmt uns nicht, man hindert uns nicht, sondern schafft uns nur neues vorzügliches Agitationsmaterial. Und diejenige politische Partei, die in jüngster Zeit als maßgebende, als Regierungspartei, nicht aus Gerechtigkeitsgefühl

über den veränderten Verhältnissen Rechnung tragend, sondern aus Klugheitsrücksichten, weil sie ihren Einfluß auf die aufgestellten katholischen Arbeiter verlor und die Frauen noch für einen Lünken hielt, wenn also, sage ich, die Zentrumspartei auch ihre Stellung zur Frauenbewegung aus diesen Klugheitsrücksichten geändert hat, so rührt sie doch keinen Finger, um es zu brandmarken, wenn gegen unsere Genossinnen so vorgegangen wird. An der Zentrumspartei in Essen haben sogar an den geschlossenen politischen Sitzungen, zweifelloser Vereinsversammlungen, Frauen teilgenommen, und kein Polizist hat sie zur Verantwortung gezogen. Aber uns soll das nicht einmal im Rahmen des Gesetzes billig sein. Mit der Zeit lernen wir ja auch immer besser, alle Hemmnisse und Hindernisse überwinden. Wenn wir z. B. in Thüringen das Referieren verboten wurde, sprach zuerst ein Genosse 10 Minuten, und ich dann in der Diskussion 1 1/2 Stunden. (Große Heiterkeit.) Den Antrag 3 bitte ich unter Berücksichtigung der Bedenken, die Genossin G r e i f e n b e r g vorgebracht hat, der Genossin B a d e r zu überweisen, den Antrag 2 zurückzuführen. Seinen Gedanken auszuführen, wird uns dann erst recht gelingen zu Ruh und Gelingen der allgemeinen Frauenbewegung. (Veh. Beifall.)

Genossin L e h m a n n, Dresden: In Dresden haben wir eine Kinderbeschulungskommission gegründet; sie hat nicht viel schaffen können, wohl zum Anstrich der „Arbeiter-Zeitung“ noch zahlreiche Kinder, sogar unter dem geschäftlichen Alter, beschäftigt werden. Geben Sie uns ein Mittel, wie wir trotz des Widerstandes der Genossen hier Remedur schaffen können. Eine kommunale Kinderbewahranstalt haben wir in Dresden, aber sie nimmt nur eheliche Kinder kirchlich getrauter Eltern auf. (Heiterkeit.)

Genossin R ö b e l, Gera: Zum ersten Male haben die drei Wahlkreise Altenburg, Reuß jüngere Linie und Weimar III eine Delegierte hierher entsandt. Mühe genug hat es uns gemacht, namentlich die Altenburger Genossinnen so weit zu bringen. Wenn unsere Frau sich intensiv an der Agitationsarbeit beteiligt, müssen wir ja fürchten, daß unsere Kinder Käufe bekommen.“ mußte ich hören.

Genossin B e r m a n n, Leipzig: Im Anfang acht das ja überall so, daß die Frauenbewegung bei den Genossen nicht das nötige Verständnis findet. Aber mit dem Fortschreiten unserer Bewegung wird das ganz von selbst besser. In Leipzig haben wir seit der Auflösung der besonderen Frauenorganisation und der Verschmelzung mit der allgemeinen Parteiorganisation mindestens 1000 Genossinnen angeworben. (Bravo!)

Die Fortsetzung der Debatte wird durch eine einstündige Mittagspause unterbrochen.

Der Vorsitz führt die eingelaufenen Begrüßungsgramme der sozialdemokratischen Frauen Finnlands und der Genossinnen Hamburgs mit und verlegt darauf um 1 Uhr die Konferenz.

Nachmittags-Sitzung.

In der Nachmittags-Sitzung, die um 2 Uhr 15 Min. beginnt, führt Genossin B i e h, Hamburg den Vorsitz.

Genossin B a u m a n n, Altona: Überall ist ein Fortschritt in der Frauenbewegung zu verzeichnen. Ein gutes Mittel zur Agitation bietet uns die Verteilung der „Gleichheit“, und ich kann konstatieren, daß die Genossinnen keine Mühe scheuen, der „Gleichheit“ neue Abonnenten zu verschaffen. Seit Jahresfrist sind in Schleswig-Holstein schon 400 Frauen gewonnen worden, welche regelmäßig freiwillige Beiträge leisten. Früher existierte nur in Altona eine Vertrauensperson, jetzt haben wir deren vier in der Provinz. Was den Antrag 5 anlangt, so müssen wir von den Kommunen unter allen Umständen verlangen, daß sie für die Kindergärten und vergleichbaren sorgen und daß kirchliche Oberaufsicht ferngehalten wird. Ob wir dies durchsetzen, ist eine Frage der Zeit; aber dies darf uns nicht abhalten, diese Frage mit Nachdruck zu vertreten. (Bravo!)

Die Heiterheit.

Von Otto Ludwig.

(40 Fortsetzung.)

Die Heiterheit holt sich mit solcher Gewalt zurück, daß ihr ganzer Arm erbleibte. Sie schob dem Ausdrucke, den sie selber fürchtete, eine Frage als Regel vor, um ruhiger zu werden.

„Er meckert wohl, wo solche Reden hingehören.“ sagte sie. „Was steckt Er denn da in der Ecken? Da ist ein Stuhl und eine Ofenbank.“

Der Meister Schramm aber drückte noch lauter die Wand an sich oder sich an die Wand.

„Ich meckert doch,“ sagte er, „es ist ja gar nicht recht genug, daß ich daher bin gekommen, und ich müßt mich nicht noch durch die Wetterlücken den Deuten zeigen und meine Reputation verlieren. Sagen doch die Leute, Ihr ist's gar nicht gerade recht gewest, daß der Regen die Wand' hat verschwemmt; so könnten's die Leute in der Nachbarschaft nicht am Tür auf und zugehen hören, wenn's zu Nacht etwa Besuch gäb bei Ihr. Ich will ja nicht meinen, die Leute hätten recht. Aber eine ledige Weibsperson, wo allein wohnt, soll's garnicht dazu kommen lassen, daß so eine Frau' nur überhaupt ohnehin überdies könnt' entstehen. Das Annedorle, mein' ich, kann nix Bessers tun, als daß sie sieht, wie sie, je eher je lieber, unter die Hauben kommt. Denn man vernimmt ja, daß der und jener noch Lust hat, sie drunter zu bringen. Und die können sich weiterhin auch noch der Sach' bedanken. Wo Gelegenheit, da, meinen die Leute, wird sie auch benützt. Ein'm ledigen Mädle wird überhaupt ohnehin überdies von selber schon schärf nachgerechnet, und wo die Leute gern das Schlimm's glauben, da geben sie sich nicht noch Müh', die Sach' erst noch anzusehn, ob ihr wirklich so an dem ist. So machen's die Leute. Ich meines'eils, was mich betrifft, will gern nix Schlimm's von Ihr meinen, und da-

rum wärd' mir schon recht, wenn Sie den Bed' nähm. Der hat mir's schon lang lassen merken, daß er groß Lust hat, das Annedorle zu sein, so gut und schlimm, wie sie ist. Aber das Kind da, das müßt' Sie freilich erst von sich tun.“

Die Heiterheit fuhr vor Entrüstung von dem Stuhl empor, auf den sie sich gesetzt. „Den?“ sagte sie mit Bedacht. „Der sein eigen Kind nicht haben will? Er will nichts Schlimm's von mir glauben und meint, ich nähm' den?“

Der Meister Schramm schüttelte jetzt vor Verwunderung den Kopf. „Bei dem,“ meint er, „bedacht sich die Baitinella selber nicht. Er hat acht Müh' und kann's kaum erbacken, was er verkauft.“

„Warum heirat' er,“ fuhr das Mädchen fort, „die Müh' nicht selber, wenn er sich so in sie verschamert hat? Ich mag keine Kuh und auch kein's Ochsen. Ich kann's noch allein erwasen. Ich brauch' keinen, und wär er der Herrgott selber. Und mit seinen Deuten? Als wenn ich den's was Heber's tun könnt, als daß ich schlecht tät werden.“

„Wärd' das sein, wie es will,“ sagte der Meister, indem seine Verwunderung einen Amisrock anzog. „Aber überhaupt ohnehin überdies darf das Annedorle nicht denken, daß wir von Gerichts wegen so ein Aergernis werden dulden, wie das Häusle da jehund der ganzen Stadt gibt. Und Sie wird wohl tun, wenn sie's nicht dahin läßt kommen, daß wir von Gerichts wegen einen Polizier zu Ihr schicken.“

Der Heiterheit erblähte der ganze Arm. „Es soll mir nur einer kommen,“ sagte sie, „ich will's ihm schon sagen! Das Häusle ist mein. Es gibt mir niemand nix dazu. Und wenn ich die ganzen Wand' heraus mach' und nix lass' stehn, als die bloße Decken. Ich will's Ihm schon sagen, daß er für sich soll sorgen und andre Leute' in Ruh' soll lassen.“

„Ihr red't wie ein Weibsbild,“ entgegnete der Meister und wunderte sich über die geistige Ueberlegenheit, die er der Heiterheit gegenüber entwickelte. „Ihr red't wie ein Weibsbild, und einem Weibsbild nehmen wir von Gerichts wegen nichts übel. Denkt Ihr denn, der Polizier kommt für sich? Ihn schickt die Obrigkeit, und die Obrigkeit hat die Gewalt, das heißt wir von Gerichts wegen, und nicht der Polizier, der nur kommt, wenn er wird geschickt. Na, ich hab' Ihr gesagt, was ich als Ihr Kurator Ihr hab' müssen sagen. Tu Sie nun, was Sie will, aber mir kann Sie hernach keine Schuld geben.“

Damit küßte der Meister die Weite unter seiner Schürze zu und schien sich über die Anzahl der Knöpfe zu verwundern. Dann verwunderte er sich über den Weg, den er ging, und war noch nicht damit fertig, als er aus der Heiterheit Augen verschwand.

Die Heiterheit hatte keine Zeit, Betrachtungen über seine Verwunderung anzustellen, ja, nicht einmal über ihre eigene Lage. Das Kind forderte ungestüm das Stückchen Brot, das es nach der bisherigen Hausordnung schon vor einer Stunde hätte haben sollen. „Sonn', wenn es so vor ihr stand und mit drohiger Ernsthaftigkeit eine Strafrede in unbekanntem Sprachen hielt, pflegte sie es lachend zu küssen. „Recht so, Viehle,“ sagte sie dann wohl; „du wirst auch einmal eine Heiterheit und bleibst den Deuten kein Red' schuldig!“ Dasmal, nachdem sie vergeblich alles durchsucht, wo noch ein Kreuzer sich verbergen haben konnte, rifs sie das Kind mit plötzlichem Entschlusse in die Höhe und lief aus dem Häuschen, ohne es zu verschließen. Fast hätte sie unwillkürlich das Vorhandensein der Bude durch die Lat' anerkannt.

Sie hatte nicht weit bis zum städtischen Hause des Brden. Die Heiterheit hätte sich von der Wahrheit der Meinung ihres Kurators überzeugen können, der Sammelkorb hätte kaum erbacken, was er verkaufte. Der Boden neben

Genossin B a n n e r. Schönberg: Sehr empfehlenswert ist ein enges Zusammengehen mit den Gewerkschaften. Ich würde von unseren Verbänden zu jeder Verfassungsbesprechung eingeladen und kann dort weitest am besten auch für den Frauen- und Mädchenbildungsbereich agieren. So habe ich z. B. mit Hilfe des Transportarbeiterverbandes die Zeitungsausdrägerinnen organisiert und kann gerade bei ihnen am besten für die Beschäftigung der Kinderarbeit wirken. Inbezug auf die Kinderarbeit siehe ich ganz auf dem Standpunkt der Genossin B i e h.

Genossin S c h u l z. Bremen: Nach meiner Ansicht trifft der Antrag 5 das Richtige. Auch die staatlichen Volksschulen werden heute in einem uns durchaus entgegenstehenden Sinne geleitet, und doch treten wir für ihre Ausdehnung ein. Genau ebenso wenig dürfen wir uns gegen die staatlichen oder kommunalen Kinderheime sperren. Damit will ich der genossenschaftlichen Bewegung auf diesem Gebiete kein Halt setzen, sondern sie nur zur Vorsicht mahnen, da hier pädagogisch ungeeignete Personen das größte Unheil anrichten können. Die bürgerliche Pädagogik ruht ganz auf der bürgerlichen Weltanschauung und Ethik. Von dieser unterscheidet sich aber die sozialistische Ethik mit ihren sittlichen Postulaten und Tendenzen in tiefster Grunde, z. B. in der Wertung des Streikbrechers, des Kadavergehorsams, der Freiwirtschaft und der Gerechtigkeit. Wir und sollen wir aber die Kinder in sozialistischem Geiste erziehen, so dürfen wir auch die Kindergärten nicht gemeinsam mit allen möglichen wohlmeinenden und braven, aber bürgerlichen Philanthropen gründen, wie dies in Charlottenburg geschah, wo, wenn ich nicht irre, sogar Raumann an der Gründung beteiligt ist. Für genossenschaftliche Kinderheime sollte nur dann eingetreten werden, wenn durchaus geeignete Persönlichkeiten unter den Genossinnen dafür vorhanden sind.

Zum Punkt b)

Presse

liegen die Anträge 6—13 vor.

6. Die „Gleichheit“ wöchentlich erscheinen zu lassen. Genossinnen Bromberg.
7. Den Titel der „Gleichheit“ umzuändern in „Deutsche Arbeiterinnen-Zeitung“. Genossinnen Dresden, 6. Kreis.
8. Den Untertitel der „Gleichheit“ umzuändern in „Zeitschrift für die Interessen der Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse“. Genossinnen Erfurt.
9. Es sind jährlich zwei Agitationsnummern der „Gleichheit“ herauszugeben mit ansehnlichem Inhalt. Genossinnen Erfurt.
10. Es ist ein leicht verständliches Flugblatt herauszugeben, durch welches bisher unausgebildete Frauen mit den hauptsächlichsten Gegenwartsbestrebungen der sozialdemokratischen Frauen bekannt gemacht werden können. Genossinnen Dresden.

11. Die Artikelserie der „Gleichheit“: „Ehe und Sittlichkeit“ ist als Broschüre herauszugeben. Genossinnen Berlin.

12. Die bisher erschienenen Kinderbeilagen der „Gleichheit“ sind in guter Ausstattung als Beilagenheftchen für unsere Kinder herauszugeben.

Genossinnen der Kreise Nieder-Barnim und Teltow-Beeskow. 13. Die Vertrauenspersonen erhalten hinsichtlich nicht mehr ein Exemplar der „Gleichheit“ vom Verlag aus, sondern jeder Ort ist verpflichtet, ihnen dies zuzustellen.

Genossinnen des Kreises Teltow-Beeskow. Nach längerer Diskussion über die Präsanträge wird ein S c h l u ß a n t r a g angenommen.

Zel. B a a d e r hält dann ein kurzes Schlusswort. Bei der Abstimmung wird der Antrag 5 mit dem Zusatzantrag Frankfurt angenommen. Die Anträge 1 und 4 werden durch die Debatte für erledigt erklärt, Antrag 2 für die nichtöffentliche Sitzung zurückgestellt. Abgelehnt werden die Anträge 3, 6, 7 und 8. Die Anträge 9—13 werden der Zentralvertrauensperson und dem Verlage der „Gleichheit“ zur Berücksichtigung überwiesen. Schließlich wird der Genossin B a a d e r einstimmig Beifall erteilt.

Damit ist der Gegenstand der Tagesordnung erledigt. Da Genossin B e t t i n sich nicht wohl genug fühlt über die Frage des Frauenstimmrechts zu referieren, wird Punkt 3 der Tagesordnung:

„Agitation unter den Landarbeiterinnen“

vorweggenommen.

Die Referentin Genossin B i e h. Hamburg weist einleitend darauf hin, daß der Fanzweck des kommunistischen Manifestes spurlos an dem bereits noch ganz unentwickelten der Hausfrau war förmlich belagert. Zwei Arme, welche die äußersten der ganzen Armutswelt vorstellten, saßen bald mit Wasser aus dem Badewasser heraus, bald mit Geld hinein und kamen dabei zum Teil unabsichtlich in Konflikt miteinander. Der eine gehobte einen unweisen Behälter, der andere einen überreifen Magd. Aber die Heiterkeit hatte für das alles keine Augen und keinen Sinn.

Sie rannte an diesen Beweismitteln vorüber und mit solcher Hast durch die Haustür in die Stube, daß man wohl sah, sie eilte, einen Entschluß auszuführen, ehe derselbe sie erreichen könnte.

Der dicke Meister war eben in der Stube und sah behaglich beim Frühstück. Er sah aus wie die gesegnete Mahlzeit selber und schmeckte keine vor Wohlsein. Alles an ihm war behaglich, ja mehr als behaglich; seine weiße Jacke behagte sich ordentlich um den wohlgenährten Leib, der Schweiß auf seinem kalten Vorderhaupt, der Mehlstaub, mit dem er eingepudert war, die weichen Haarschuhe, alles zerfloß vor Liebigkeit.

Erst jetzt er sich über das Kommen der Heiterkeit zu verwundern, aber auch die Verwunderung zerfloß in listigen Lächeln. Er nickte halb dem Gedanken, der ihm kam: „Ja, ist das wilde Ding endlich mir?“ half der Heiterkeit selber vergnügt zu.

Sein bloßer Blick machte die Heiterkeit vor Scham und Unwillen erröten. „Er braucht nicht so zu nicken“, sagte sie zwischen Verachtung und Born. „Das Kind da will essen. Weiter ist's nie.“ Sie ergriff ein dort liegendes Brot, und man sah an der Bewegung, mit der sie es anfaßte, daß ihr der Stiel vor dem Mann auf seine Ware überging.

(Fortsetzung folgt.)

Landwirtschaftlichen Proletariat vorübergegangen ist, und erörtert dann ausführlich die heutige Lage des ländlichen Proletariats, das unter dem Druck der Gefindeordnung noch heute fast wie in alter Selbstständigkeit gehalten werde. Trotzdem verlangten die reaktionären Junker noch weitere Zwangsmaßnahmen gegen das ländliche Proletariat wie z. B. die Verschärfung der Freizügigkeit. Man wolle das Landproletariat völlig rechtlos machen. Durch Vorlagen, welche den Kontraktbruch der Landarbeiter bestrafen, erfolgte in verschiedenen Landtagen neue Knebelungsversuche. Zahlreiche Mißhandlungsfälle, die von der Referentin mitgeteilt werden, beweisen die traurige Lage des Landproletariats besser als alles andere. Einer ergreifenden Schilderung des Landarbeiter-Glücks folgten detaillierte Ausführungen über die nicht minder elenden Verhältnisse des ländlichen Gefindes. Eingehend wurden die Unfälle in den landwirtschaftlichen Betrieben behandelt. In preussischen Landtagen habe man sich gegen eine Kinder-Unfallrente ausgesprochen und diese einen Skandal genannt. Ein Skandal sondergleichen sei es, daß Kinder kapitalistisch ausgebeutet würden und in solchen kapitalistischen Betrieben verunglückten. Verbot jeder Kinderarbeit auch im Landwirtschaftsbetriebe müsse gefordert werden. Jetzt verteidigen die Gutbesitzer das Christuskreuz wie folgt: „Lasset die Kleinen zu mir kommen und wozel ihnen nicht beim Nabelziehen, bei der Kartoffel- und der Kornrate.“ Ein weiteres Kapitel in dem interessanten Vortrag bildet die Lage der sogenannten Wanderarbeiter, der deutschen und fremden Wanderteute, der Justizleute und Schlichter. Auch die Wohnungsfrage wurde gestreift, und die schlechten Einkommensverhältnisse der Landarbeiter und Arbeiterinnen kritisch beleuchtet. Schließlich gibt die Rednerin Ratschläge zur Agitation unter den Landarbeiterinnen und schließt: Entfassen wir unter unseren Schwestern und Brüdern auf dem Lande die heiße, brennende Sehnsucht nach Freiheit und Glück, nach Lebensfreude und Menschenwürde. Viele Tausende wissen schon heute, daß ihnen Hilfe, Erlösung nur von der Sozialdemokratie kommt. Im Interesse der Landwirtschaft, im Interesse der gesamten Arbeiterklasse und ihrer Befreiung, im Hinblick auf unser großes herrliches Menschheitsideal, laßt uns daher heute geloben: was an uns liegt, soll ihr Vertrauen nicht zu schanden werden. Laßt uns heute geloben, daß wir noch mehr als bisher hinausgehen wollen zum Landproletariat, um es um die hohen Ziele der Sozialdemokratie zu scharen und um es zu lehren, daß es nichts zu verlieren habe als seine Ketten, daß es aber eine Welt zu gewinnen habe! (Beifälliger Beifall.)

Die Ausführungen der Rednerin gipfelten schließlich in der folgenden

Resolution:

„In Anerkennung des Grundgesetzes, daß die Befreiung der Arbeiterklasse aus dem Fesseln des Kapitalismus nur das Werk der Arbeiter selbst sein muß, wird es zur zwingenden Notwendigkeit, neben dem Proletariat der Industrie, auch das der Agrikultur dem hier der Klassenkämpfer einzureihen. Die Tatsache, daß das Landproletariat in rechtlicher, sozialer, ökonomischer und daraus folgend, im Durchschnitt auch in intellektueller Hinsicht, tief unter dem Proletariat der Industrie steht, bedingt, daß die Agitation unter und für die Landarbeiter eine doppelte Charakter tragen muß.

Sie muß erstens sein ein wichtiger Kampf um die Gleichstellung der Landarbeiterschaft mit der Arbeiterschaft der Industrie, in juristischer und sozialpolitischer Beziehung, sowie in Punkte Bildungsfähigkeit.

Wir fordern daher für Landarbeiter:

1. Beseitigung der Gefindeordnungen und ländlichen Ausnahmegeetze.
2. Rechtliche Gleichstellung der Landarbeiter und des Gefindes mit der Industriearbeiterschaft.
3. Arbeitsschutz durch Reichsgesetz für die Landarbeiterschaft und das Gefinde, vor allem ein volles, gestärktes Koalitionsrecht.
4. Verbot der Kindererwerbsfreiheit in der Landwirtschaft und bei allen häuslichen Diensten bis zum 14. Lebensjahre.
5. Ausgestaltung der Volksschulen auf dem Lande im Sinne des soz. Programms und Schulzwang für Elementarschule bis zu 14 Jahren.
6. Obligatorischer Fortbildungskurstericht für Frauen und Mädchen.
7. Unterstellung der Landarbeiterschaft und des Gefindes unter sämtliche Arbeiter-Versicherungsgesetze.
8. Errichtung von landwirtschaftlichen Gewerkschaften.
9. Feststellung der im Interesse der Gesundheit und Sittlichkeit unerlässlichen Bedingungen für die Landarbeiterwohnungen, sowie eine energische Wohnzuzugspolitik.

Die Agitation muß zweitens sein eine planmäßige, energische, unermüdbare Aufklärungsarbeit unter der Landarbeiterschaft selbst, damit diese den Organisations- und Agitationsarbeiterschaft zugeführt, Solidarität überwind, den Segen der Solidarität kennen lernen. Damit sie, für heute sich eine hellere Gegenwart ersehnd, gleichzeitige Kampffähiger werden, um über die Erregung von Gegenwartsforderungen hinaus, sich am Emanzipationskampfe der Arbeiter beteiligen.

Diese Agitationsarbeit ist nach Ansicht der Konferenz nicht nur Sache der Genossinnen, sondern der Gesamtarbeiterbewegung. Die Konferenz verpflichtet daher die Genossinnen, bei dieser Agitationsarbeit überall nach besten Kräften mit Hand anzulegen, ferner solche Agitation anzuregen und gegebenenfalls selbst zu unterstützen.

Die Konferenz empfiehlt des ferneren ein eingehendes Studium der einschlägigen Verhältnisse zum Zwecke der wirksameren Durchführung der Agitations- und Organisationsarbeit unter dem Landproletariat.

Dem zweimalbehalftständigen Referat folgte fürwärtliche begeisterte Beifall. Aus der Mitte der Versammlung wird der Antrag gestellt und angenommen, von jeder Diskussion im Hinblick auf das ausgezeichnete Referat abzusehen, dieses selbst aber drucken zu lassen und in Broschürenform herauszugeben.

Nachdem ein Antrag der Genossin L i b b r a u n, der Resolution anzufügen, die Forderung energischer Verzehrpolitik durch Ausbau des Kleinbahverkehrs mit der Begründung abgelehnt war, daß dies mehr eine Kultur-

frage als eine spezielle Landarbeiterinnenfrage sei, wurde die Resolution hier einstimmig angenommen.

Die Konferenz nimmt den Bericht der Manabatsprüfungs-Kommission entgegen, wonach 50 Delegierte mit 54 Rabaten anwesend sind.

Schließlich hält Genossin E r u n b e r g. Mühlberg ihr Referat über die Dienstbotenbewegung.

Die Fortsetzung der Konferenz findet Sonntag früh statt.

Soziales und Partelleben.

Zur Säugung im Ruhrrevier. Die Siebenzweck-Kommission entlegte sich in ihrer letzten Sitzung dahin, daß in der Ruhrfrage etwas geschehen müsse. Zu diesem Zwecke soll mit allen Bergarbeiterverbänden des Fr. und Auslaubs in Verbindung getreten werden. Ferner wurde auch über die Sperrung und das Uberschichtenwesen beraten. Es herrschte in allen Fragen volle Einmütigkeit. — Bei den Hauptprüfungen am 1. März waren die Kandidaten des Fr. und Auslaubs im Verhältnis von 383 bzw. 381 Stimmen gewählt. Für die Christlichen Gewerkschaften wurden 133 Stimmen abgegeben. Die Boien brachten es nur auf 49 Stimmen.

Genosse Hans Nicolaus Krauß, der Egerländer Dichter und langjährige Redakteur des Unterhaltungsblattes des „Vorwärts“, der „Neuen Welt“ und des Neuen Welt-Kalenders, ist im Alter von noch nicht ganz 45 Jahren in der Nacht zum Freitag plötzlich gestorben. Er litt seit längerer Zeit an einem Herzleiden und an Wasserfucht. Vor einigen Monaten ging er, fast wie er es gewollt hatte, in die Sommerferien, ins Reanthenhaus, das er nicht wieder verlassen sollte.

Städtische Kultuspolitik. In der letzten Sitzung der Gemeindevorstellung zu Weiskow bei Berlin wurde mitgeteilt, daß die Aufsichtsbehörde die Wahl des sozialdemokratischen Gemeindevorsetzers Taubmann zum Mitglied des Kuratoriums der Realschule nicht bestätigt hat. Die Gemeindevorstellung lehnte die Vornahme einer Neuwahl an Stelle Taubmanns ab und beschloß, das Ergebnis des Einspruchsverfahrens des Nichtbestätigten gegen die Befugung des Provinzialschulkollegiums abzuwarten. Bravo!

Aus Stadt und Fern.

Der Verlust an Menschenleben bei dem Eisenbahnunglück bei Dover in Ollahowa ist erfreulicherweise bedeutend geringer, als ursprünglich gemeldet wurde. Der Korrespondent des „Daily Telegraph“ meldet, daß im ganzen 20 Menschen ertrunken seien. Es scheint, daß die Eisenbahnbrücke durch Treibholz aus ihrer Lage gerückt war.

Goethe und Stöcker. Der „Reichsbote“ und die „Staatsbürger-Zeitung“ setzen ihren Lesern folgenden Erguß vor:

„Der „Vorwärts“ bringt in seiner „Gerichts-Zeitung“ einen sozialistischen Denkpruch als Motto, der wieder für die revolutionäre Atmosphäre seiner Gedankenwelt bezeichnend ist; er lautet:

Wir schaffen's Eisen,
Sie schneiden Ketten.
Und loszureißen
Ist noch nicht zeitig, (sic)
Denn seid geschmeidig

Man sieht, wo also im Sozialistenlager die revolutionäre Reize nach wie vor hinget. — Der „Vorwärts“ schlägt noch täglich seine rotgedruckten Beilagenblätter über die russische Revolution an den sogenannten Arbeiterläuten an.“

Dem ehrenwerten Stöcker wollen wir verraten, daß „der sozialistische Denkpruch“ von einem gewissen Wolfgang von Goethe stammt!

Ueberrfahren. Sonnabend Vormittag 10 Uhr 53 Min. wurden auf dem Haltepunkt Dedenben bei Hannover zwei Reservisten überfahren und sofort getötet. Dieselben gelangten bei geschlossener Schranke auf den Bahnkörper und wurden von dem aus der Richtung von Hannover kommenden Zuge erfasst.

Ein Lynchgericht in Atlanta. Ein entsetzliches Lynchgericht fand Sonnabend nacht in Atlanta, der Hauptstadt von Georgia, statt. Es waren gegen drei weiße Frauen unbillige Angriffe seitens der Neger verübt worden, nachdem schon seit einigen Wochen Angriffe auf weiße Frauen ausgeführt worden waren und eine Entlohnung unter den Weissen herbeigeführt hatten. Freitag kam die Erbitterung durch das Bekanntwerden dieser neuen Skandale zum Durchbruch, und es erhob sich das Geschrei: „Tod dem Neger!“ Wo sich ein Neger bilden ließ, wurde er niedergeschlagen oder von Riegeln und Messern niedergestreckt. Viele Neger wurden zu Tode gebracht. Dieher sind zehn Neger dem Lynchgericht zum Opfer gefallen; eine große Anzahl, man spricht von Hundert, ist verwundet worden. Der Gouverneur hat Militär nach Atlanta beordert.

Ein erschütternder Unglücksfall, dem vier Menschenleben zum Opfer gefallen sind, ereignete sich, wie schon gemeldet, auf dem Neubau der Central-Coulois- und Guntterich-Couloislinie am Eingang der von der Bahnhofsüberstraße abzweigenden Jahnsstraße in Hannover. Mauerer, die auf dem Gerüst standen, waren damit beschäftigt, über den Fenstern der 4. Etage Gefinnschilde zu verlegen. Drei Sandsterne im Gewicht von je 3 Zentnern kippten dabei von dem Mauerwerk ab und fielen aus einer Höhe von etwa 1 1/2 Meter auf die Gerüstbretter. Die Bretter und haltenden Streben brachen unter der schweren Last zusammen und die Mauerer Hirschfeld, Kopp, Thormann und Apel stürzten mit den Sandsteinen in die Tiefe. Hirschfeld und Thormann waren sofort tot. Dem Mauerer Hirschfeld, der als Poiler die Arbeiten geleitet hatte, war das Rückgeat gebrochen; der Schädel war von einem der nachstürzenden Steine zertrümmert. Dem Mauerer Thormann war der Brustkorb eingedrückt. Auch die schwer verletzten Mauerer Kopp und Apel starben nach wenigen Minuten. Auf dem Neubau waren etwa 80 Arbeiter beschäftigt, auf welche das so jäh und unerwartet hereingebrochene Unglück, der plötzliche Tod von vier Kameraden, niederzuschmettern wirkte. Die vier Verunglückten sind sämtlich Familienväter.